

Erstetn täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2.50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Sonntags-Beilage u. der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7377.

Infections-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 10. Juni 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

#### Zur Bekämpfung der Schweißarbeit.

London, 7. Juni 1896.

#### I. Charakteristik. Die gewerbliche Hausarbeit der Söhne des Uebels.

Die Uebel jener Abart der modernen Lohnarbeit, die nach dem Beispiel Englands, wo sie zuerst im großen entwickelt worden, Schweißarbeit (sweated labour, wörtlich: erschwitzte Arbeit) nennt, sind nachgerade so bekannt, daß jede Zeile verloren erscheint, die heute noch darüber geschrieben wird. Philantropen, Hygieniker, Sozialpolitiker haben sich nach einander mit der Brandmarkung dieses greulichen Anwuchses am Körper des modernen Industriesystems beschäftigt, alle Welt ist darüber einig, daß diese Blüthe des Kapitalismus im hohen Grade "werth ist, daß sie zu Grunde geht." Aber leider geht die Eingigkeit nicht weit über das akademische Verdikt hinaus. Kommt es dazu, Maßregeln zur Bekämpfung des Uebels zu ergreifen, so tauchen tausend wenn und aber auf und die Gegensätze der Interessen und der grundsätzlichen Auffassung der Dinge verdrängen die schöne Eingigkeit der Gefühle und frommen Wünsche.

Trotzdem wäre es verfehlt, jeden Fortschritt in bezug auf die Behandlung des Problems in Abrede zu stellen. Wir sind daran gewöhnt, daß jedesmal, wenn durch einen sensationellen Vorgang die Blicke des großen Publikums auf die weniger offen zu Tage liegenden Schenkelheiten des Systems gelenkt werden, dasselbe und seine Presse sich so geben, als handle es sich um eine ganz neue, ungehorte Entdeckung, um eine nie vorher dagewesene Erscheinung. Auf keinem Gebiet — das, was man Philosophie nennt, vielleicht ausgenommen — werden so viele alte Geschichten neu entdeckt, wie auf dem der Sozialpolitik. Neben diesen Zuhörersentdeckungen fehlen jedoch zum Glück die Arbeiten nicht, welche die Erkenntnis wirklich erweitern und Fingerzeige geben, wo die bessernde Hand mit Erfolg anzulegen ist.

Vor 40 Jahren hatten wir das Buch von Mayhew über das Londoner Elend und heute haben wir das Buch von Charles Booth — sagte Wilhelm Piebisch jüngst in dem großen Meeting in Queens Hall. Die Gegenüberstellung dieser beiden Werke ruft eine weitere Erinnerung wach. Mayhew's Buch "London Labour and London Poor" erschien 1850, zur selben Zeit, wo der christliche Sozialist Charles Kingsley als "Parrer Bot" gegen die Schweißarbeit in der Schneiderei zu Felde zog. Es athmete den guten Willen kleinbürgerlicher Philantropie und deren sozialpolitischen Impotenz. Im Anschluß an dasselbe und erneuert und unterstützt von Karl Marx schrieb damals J. S. Eccarius in der Neuen der "Neuen Rheinischen Zeitung" seinen vortrefflichen Aufsatz über die Schneiderei in London, worin die Fabrik als die notwendige Vorstufe der Befreiung des Arbeiters in der Schneiderei erklärt wird. In einem Nachwort, das er dem Aufsatz Ende der sechziger Jahre anhängte, gab Eccarius diesem Gedanken, unter Hinweis auf die inzwischen vollzogene weitere Entwicklung in seinem Gewerbe, noch schärferen, bestimmteren Ausdruck: "Nieder mit der Dackelstuden-Maschine, nieder mit den kleinen Dorfmeistern", schließt er, "der Großbetrieb ist die erste Bedingung der Emanzipation der Arbeiterklasse!"

Dieser seit langem von sozialistischer Seite verkündete Satz ist nun auch das Ende vom Liede der übrigens alles Lob verdienenden einschlägigen Untersuchungen des Herrn Booth und seiner Assistenten, wie er schon vorher das Endresultat gewesen war der Untersuchungen der 1888 eingesetzten Kommission des Hauses der Lords über das Schweißarbeitssystem. Oder vielmehr über das Schweißarbeitssystem, denn es giebt eine ganze Reihe von Systemen der Schweißarbeit.

Es ist wichtig, sich darüber klar zu werden. Bis in die jüngste Zeit hinein hatte sich die öffentliche Meinung daran gewöhnt, in der Existenz eines Mittelmannes zwischen Fabrikant und Arbeiter (Zwischenmeister, Verleger etc.) die Wurzel der Schweißarbeit und in diesem Mittelmann den eigentlichen Ausschweiger oder Schweißtreiber — wie man es nennen will — zu erblicken. Aber jene Ermittlungen haben bis zur Evidenz festgestellt, daß, wie oft auch der Mittelmann ein Ausschweiger sein mag, die Sache doch nicht an seiner Person hängt, auch ohne ihn gedeiht Wohlgeheim, es handelt sich hier nicht um Arbeitstreiberlei schlechtweg, wie sie in jeder Form des Arbeitens unter ökonomischer Kontrolle möglich ist, sondern um die Ausprägung von Arbeit zu unermesslichen Bedingungen, zu Bedingungen, die nicht einmal das Minimum einer menschlichen Existenz gestatten, sondern Hunger und äußerster Knecht zur Norm der Existenz machen. Arbeit bei unmenslich niedrigen Löhnen, unermesslich langer Arbeit und in unmenslich elenden Arbeitsräumen. So, wenn auch nicht ganz mit denselben Worten, definierte die Kommission des Hauses der Lords die Schweißarbeit. Diese Ausschweigung wird oft genug durch den Mittelmann befolgt, aber weder ist sie an seine Person gebunden, noch ist es notwendig, daß er, der den Vortheil von ihr hat, den "Erschweiger" einheimst.

Die verbreitete Meinung über die Zwischenkontrakte und ihre Anwendungen, sagte Herr Charles Booth vor der königlichen Kommission von 1894 über die Arbeiterfrage, "die ihnen einen so schlechten Namen giebt, sei die, daß jemand, der einen Kontrakt auf Lieferung einer bestimmten Arbeit abgeschlossen hat, sie gegen Profit an kleine Meister weiter verdingt, die sie vielleicht ihrerseits wieder weiter verdingen, und daß die Profite vom Kontraktator wie Unterkontraktator aus den Arbeitern "ausgeschwigt" werden. Diese Idee haben sich als grundlos herausgestellt; solche Unterverdingung kommt selten vor, öfter vielleicht in Bezug auf spezielle Theilarbeiten die häufig die bestbezahlten der betreffenden Gattung seien. . . . Diejenigen, die die Arbeit von dem Großhandelshaus direkt zugetheilt erhielten, würden gewöhnlich in keiner Weise besser bezahlt als die, denen dieselbe Arbeit durch eine Mittelperson überwiesen wird. Der Profit des Mittelmannes erweist sich demnach als ein Kostenschlag auf die Arbeit und nicht eine Kostenanlage gegenüber dem Arbeiter. Das Wort "Zwischenkontrakt" werde ferner oft gebraucht, um das Vergeben von Arbeiten an Kleinmeister zu kennzeichnen. Thatsächlich sei es ein Kontrakt, aber in Verwechslung der Begriffe, und um der leichteren Verurtheilung willen nenne man es einen Zwischenkontrakt. Es sei bewiesen worden, daß dieses System sehr allgemein und durchaus nicht durchgängig mit Uebelständen verbunden sei, daß es jedoch stets zu gewerblicher Unterdrückung führe, wo die Arbeiter hilflos seien. Endlich habe es sich als unnützlich erwiesen,

zwischen Kleinmeistern, die für ein Großhandelshaus arbeiten und solchen zu unterscheiden, die für eigene Rechnung arbeiten und vielleicht ihre Produkte dem Großhandelshaus verkaufen, und so sei es klar geworden, daß es weder der Kontrakt noch der Zwischenkontrakt sei, was mit den Uebeln des Ausschweigens zu verbinden sei, sondern das Arbeiten für Kleinmeister. (Ausgabe Nr. 5415.)

Aber, wie gesagt, nicht das Arbeiten für Kleinmeister allein. Eine der Mitarbeiterinnen an Herrn Booth's großem Werk, Frau Beatrice Webb-Potter, hebt in einem Vortrag über das Schweißsystem hervor, daß der kleine Schweißmeister in verschiedenen Gewerben in raschem Verschwinden begriffen ist, ohne daß deshalb die Schweißarbeit ein Ende nähme. "Sie werden sich erinnern," fährt sie aus, "daß nur die Zeit der Untersuchungen des Hauses der Lords ein Vollbild im "Punch" erschien, das den Mittelmann als eine aufgedunsene Spinne darstellte, die den um sie herum arbeitenden Männern und Frauen das Lebensblut ansaugt. Wohlja, ehe ich an das Studium der Verhältnisse im Londoner Ostend gieng, glaubte auch ich, daß das schauerliche Ding wirklich existierte. Aber ich kam bald dahinter, daß es entweder eine bloße Nyctie sei oder daß die Zeiten zu schwer für es geworden und es von irgend einem noch größeren Ungelähm ausgepreßt worden sei. Denn ich fand bald, daß in dem Herrenmützel-Geschäft und der Fabrikation billiger Schuhe — die leider ausschließlich in den Händen von Juden sind — wo die Arbeit noch von kleinen Kontraktmeistern übernommen wird, diese Mittelstele, weit entfernt davon, aufgedunsene Nichtsthier zu sein, ebenso schwer, wenn nicht schwerer wie ihre ausgeschwigten Gehilfen arbeiteten und oft weniger verdienen als die von ihnen bezahlten Maschinisten oder Presser (Wägler). Andererseits ist in den Gewerben, die englische Arbeiterinnen beschäftigen, wie die Fabrikation von Hemden, oder die von Schürzen, Schirmen, Kinderanzügen etc., die Mittelperson im schnellen Verschwinden begriffen. . . . Neuerdings haben die unternehmenderen Großfabrikanten gefunden, es sei doch höchst ungerecht, daß der Mittelmann die zwei Pence (pro Schilling Arbeitslohn einheimst). Um dieser Ungerechtigkeit abzuhelfen, haben sie im ganzen Londoner Ostend Werkstätten aufgemacht, wo sie die Arbeit genau so ausgeben, wie es der Mittelmann zu thun pflegte, erst an die Maschinen- und dann an die Fertigarbeiter. Aber sonderbar genug, sie zahlen dem Arbeiter nach wie vor 10 Pence (statt des Schilling) und der einzige Unterschied ist der, daß anstatt daß die Differenz dem Mittelmann zufällt, sie die zwei Pence selbst einstecken. Auch kümmern sie sich nicht im geringsten darum, wo die Bekleidungsstücke gemacht werden. . . . Das geht den Großfabrikanten nichts an. Kein Zweifel, daß er auch erzählt wird, der Mittelmann sei ein Schweißmeister gewesen und er habe ihn abgeschafft. Aber leider hat er das, was der praktische Beobachter das Ausschweigen nennt, weder abgeschafft, noch auch nur verringert. Der wirkliche Arbeiter gewinnt durch das Verschwinden des Zwischenkontraktors, Mittelmanns oder

\*) How best to do away with the Sweating System. Manchester, Cooperative Union, 1892.

45

#### Lene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

"Was machen die Bienen, Mutter?"

"O, der Vater ist recht zufrieden. Wir haben jetzt wieder soviele Stück' wie damals vor dem großen Sterben. Deiner lebt auch noch und er trägt immer viel ein. . ."

Die Lehrerin machte eine Pause und warf einen kurzen Blick auf die Lene.

"Der Vater hat alles aufgeschrieben, was Dein Bien in den Jahren her einbracht hat. . . Ja, und wennst Du's einmal brauchst, kriegst Du's auch. . . Aber ein bißl warten mußt halt noch, Lene. . . Siehst Du, was der Kaspar für Geld kost' hat, das weißt ja selber. Der Margareth geht's gut in ihrem Bayern drauß, aber die Biße und die Franzl können noch nichts verdienen und der Christoph geht noch in die Schul'. . . Siehst, und der Vater klagt schon eine ganze Zeit her über die Brust. . . Jeden Tag muß er rohe Eier trinken, sonst könnt' er net amal Schul' halten. . . Gelt, Lene, Du wart'st noch a weng? . . . Was sollte Lene der Frau sagen, die sie wie eine wirkliche Mutter aufgezogen? Wortlos nickte sie mit dem Haupte.

Den zweiten Versuch machte Lene bei ihrem Bruder. Sie sagte ihm, daß sie ihr Erbtheil brauche und zu was sie es gebrauchte. Sein freundliches Gesicht wurde nicht um eine Linie strenger, und seine Stimme klang brüderlich, als er ihr die Antwort gab.

"Aus'm Erbtheil bin i raus. . . Daß der Hof a ganz anders Aussehen hat, wird Dir a schon auffallen sein. . . Die Barbara mit ihren sechshundert Gulden hat mir a bißl wehthan. . . Was Du verlangst, is nur Dein Recht, und ich will's Dir auch schaffen, wennst auch noch net großjährig bist. So hart's mir auch fällt. . . Weißt, Lene, ich hab no lan Wei(b). . . 's soll ja bald losgehen, wenn nig dazwischen kommt. . . Weißt was, Lene? Komm wieder a mal zu Pflingsten. . . Nothwendig is doch 's Heirathen bei Dir noch net? Was? . . ."

Lene warf ihrem Bruder einen zornigen Blick zu. Wie er ihr so etwas zumuthen könne! . . .

"Alsdann, dann bleibst dabei. Zu Pflingsten reden wir weiter".

Lene vertraute sich ihrem Dienstherrn an. O ja, meinte dieser, sie könne sofort Geld bekommen, wenn sie zu einem egrischen Wucherer gehe und diesem ihr Erbtheil verkaufe. Abgezogen werde ihr allerdings ein hübscher Pfagen werden, und wenn es krumm ginge, dann könnte sie ihren Bruder so hineinreiten, daß er von Haus und Hof käme.

Ob er, der Bauer, ihr das Geld nicht vorstrecken könnte?!

Der Bühl-Bauer blickte einige Minuten sinnend auf die Tischplatte. Dann hob er das Auge und sah Lene voll an.

"Mit Dir kann man deutsch reden, Du bist ein verständiges Moibl. . . . Können? . . . Sechshundert Gulden? . . . Mi'm kleinen Finger; und tausend und mehr auch noch. Darüber is keine Red. . . . Aber am Mägen und Wollen liegt's! . . . Ich bin kein Heiliger und kein Engel und will auch keiner werd'n. Aber a Bauer bin ich. . . . Soll i vielleicht noch dafür zahlen, daß i a tüchtige Magd verlier? . . . Moibl, die Welt ist keine Pflückersteig. Burschen giebt's g'nug. Wart' noch a Weil, 's kommt schon a anderer. . . ."

Lene war schier verzweifelt. Jetzt wußte sie niemand mehr, an den sie sich wenden sollte. Ja, der Bauer hatte leicht reden. Als Sohn eines Mittelbauers hatte er die einzige Erbbin des Bühl-Hofes erwischt, um die sich selbst Beamte umsonst die Zähne abgelaufen. Der konnte leicht lachen. Im Anfange war Lene der Bauer als ein jüngerer Zilanger erschienen. Jetzt wußte sie, daß etwas anderes in ihm steckte. Das war kein reiner Bauer mehr, das war ein Geschäftsmann. Wenn er nicht zufällig in einen großen Bauernhof gerathen wäre, hätte er auch Schlächter werden können. Und es wäre ihm auch da geglikt. Warum er seine Diensthöten gut behandelte? Damit sie ihm recht viel verdienten.

Als Lene zu dieser Erkenntnis gekommen war, wurde sie wieder ruhiger. Wenn andere nur an sich denken konnten, das traf sie auch noch. Und dann war ja Pflingsten nicht mehr

weit, ihr Bruder konnte sie doch nicht stecken lassen, und der Birgen-Wetter war auch noch da.

Am Pflingstsonntag gieng jedes Jahr eine Prozession von Oberenth nach Maria-Kulm. Der Pfarrer mit seinen sechs rothgekleideten Ministranten führte sie an, zwei große Fahnen wurden mitgetragen, und unter den Weibern schritt als Vorbeter ein Mann aus der Stadt, den sie den Kren-Adl hießen.

Diesmal gieng auch Lene mit. Sie wollte kein Mittel unverzucht lassen, um aus ihrer Bedrängniß herauszukommen. Vielleicht half ihr doch die heilige Mutter Gottes auf dem Kulmer Berge, die ja so vielen Menschen geholfen hat, wie in dem Büchlein geschrieben stand, das sie in Mählesen so oft durchgelesen. Für den Abend hatte sie sich mit Hans verabredet, sie wollte ihm die entscheidende Antwort geben.

Mit dem Veten wollte es der Lene nicht recht gehen. Ihre Gedanken kehrten immer wieder zu der Sache zurück, wegen der sie den Wittgang unternommen. Auch am Singen beteiligte sie sich nicht. Sie hörte es kaum, wie die Weiber trotz des Widerspruchs des Vorbeters, der mit Aufbietung seiner ganzen Lungenkraft weiterschrie, anstimmten, wie sie bei jeder Strophe höher einsetzten, bis sie keinen Ton mehr herausbrachten und zum Vergnügen des Kren-Adl, eine nach der andern, verstummen mußten.

Als die Prozession durch Ratzengrün zog, stand der Stingl-Hans am Fenster, Lene gab ihm einen Wink, nicht mitzukommen.

Hundert Schritte vor dem Wallfahlsorte kam die Prozession in Unordnung. Die Weiber blieben stehen, die Männer sahen sich um, giengen ein paar Schritte und machten dann auch Halt. Der Pfarrer, dessen schnupftabacksdosen große Nase wie ein Pöthkolben glühte, geriet in Zorn und wettekte über die Störung. Da kam durch die gelösten Reihen der Kren-Adl dahergesprenzt. In der Rechten schwang er eine große, rasselnde Blechbüchse. Er war ganz aufgeregt.

(Fortsetzung folgt.)

sogenannten Schwimmeister absolut nicht. In Ost-London ist der Wechsel, soweit die Arbeiter in Betracht kommen, kein anderer gewesen, wie der aus der Schmelzpfanne ins Feuer.

Diese Erklärung wird viele überraschen, aber die Masse der vorliegenden Beweise erhebt ihre Wichtigkeit über jeden Zweifel. Nicht der Zwischenmeister an sich, sondern die besondere Arbeitsorganisation, auf Grund deren er existiert, ist die Wurzel der Schwimarbeit, und an sie muß die Hand angelegt werden, will man das Uebel austrotzen. Und diese Organisation heißt: industrielle Hausarbeit. Gewerbliche Arbeit in Privatwohnungen, in Räumen, die sich der öffentlichen Kontrolle, der Fabrikinspektion, dem Fabrikgesetz entziehen, Arbeit unter Verhältnissen, die eine gewerkschaftliche Organisation, gewerkschaftlichen Widerstand der Arbeiter unmöglich machen — dies die Grundlage, der Nährboden der Schwimarbeit. Wenn wir den Schwimmeister mit einem widrigen Insekt zu vergleichen haben, sagt Frau Webb-Potter sehr richtig, „dann sollten wir ihn zutreffender mit der Mücke vergleichen, die im Fleisch erscheint, nachdem Zerfetzung eingetreten ist.“ Die Mücke kann ja auch recht gefährlich sein. Aber sie ist nicht die Ursache der Zerfetzung. Die gewerbliche Hausarbeit macht den Schwimmeister möglich, ruft ihn ins Leben, aber hängt nicht an ihm, geht nicht mit ihm zu Grunde.

So darf die Bekämpfung der Schwimarbeit auch nicht beim Mittelmann Halt machen oder einseitig auf ihn zugespielt werden. Sie wird ihn nicht ignorieren dürfen, weil er, wenn auch nur Produkt oder Werkzeug, so doch in vielen Fällen ein so wichtiges Werkzeug des Schwimmeister-Systems ist, daß mit seinem Wegfall der Betrieb desselben bis zur Unleidlichkeit sehr erschwert wird; aber sie wird auch ihn nur fassen können, wenn sie an die Wurzel des Übels geht. Ein allgemeines Verbot des Zwischenmeister-Systems ist unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen weder möglich, noch selbst wünschbar. Auch ein allgemeines Verbot der gewerblichen Hausarbeit würde sich bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht durchführen lassen. Aber die gewerbliche Hausarbeit ist die Quelle, der eigentliche Sitz des Übels, und so muß trotzdem bei ihr der Hebel zu seiner Ausrottung angelegt werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 9. Juni.

Im Reichstage wurde heute die Generaldiskussion über die Gewerbe-Ordnungs-Novelle unter großer Unruhe zu Ende geführt. Recht wirksam sprachen gegen die reaktionären Maßnahmen die Abgeordneten Bachmaier und Richter. Besonders der letztere polemisierte ungemein wirksam gegen das Rüstlerthum, das sich immer mehr breit macht. Daß trotz der glänzenden Beredsamkeit der Gegner die Rüstler ihre Willen haben werden, unterliegt bei der jetzigen Zusammenziehung des Reichstages keinem Zweifel. Das Zentrum giebt in allen diesen Dingen den Ausschlag, und in den gewerbepolitischen Fragen wandern die Herren Hitze und Genossen einfach die Bahnen, wie sie Herr Adermann weilsand vorgezeichnet hat. So wurden denn auch die Artikel 1 und 2 der Vorlage heute mit großer Mehrheit angenommen.

Morgen um 2 Uhr wird die Tagesordnung fortgesetzt, wobei über die Artikel, welche die Konsumvereine einschränken und den Detailhandel dem Hausgewerbe gleichstellen wollen, namentliche Abstimmungen stattfinden werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag seine Sitzungen wieder auf und erledigte zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen, um sich sodann mit dem konservativen Antrag auf Besteuerung der großen Waarenhäuser zu beschäftigen. Die Kommission, der der Antrag zur Berathung überwiesen war, beantragte die Annahme einer Resolution, worin die Regierung um die Einbringung eines Gesetzesentwurfs ersucht wird, nach welchem von gewerbesteuerpflichtigen Waarenhäusern, Bazaren und Versandgeschäften neben der Gewerbesteuer eine besondere Betriebssteuer erhoben wird. Diese Steuer soll bei einem jährlichen Ertrage von etwa 20 000 M. oder einem jährlichen Umsatz von etwa 800 000 M. beginnen, nach der Zahl der geführten Waarengattungen, sowie nach dem jährlichen Umsatz und den Kommunalverbänden überwiefen werden. Ferner sollen die einzelnen in Betracht kommenden Waarengattungen unter Ausschluß der Produkte der Landwirthschaft geteilt festgestellt werden. Es ist sonderbar, daß dieselben Parteien, welche im Reichstage durch Verbot des Detailhandels die großen Waarenhäuser begünstigen, im Landtage dem Großbetrieb zu Leibe gehen wollen. Abg. Richter, der auf diesen Widerspruch hinwies, erklärte sich als Gegner der Resolution, nicht etwa aus Freundschaft für die großen Betriebe, auch nicht, weil er einseh, daß die Entwicklung derselben eine Naturwendigkeit sei, sondern — weil man durch die Zerstückung dieser Betriebe dem Sozialismus in die Hände arbeite. Zum Beweis für diese läche Behauptung berief er sich hauptsächlich auf seine bekannten Pamphlete gegen die Sozialdemokratie und auf einige Stellen aus Hebel's „Frau“, die er offenbar noch immer nicht verstanden hat. Gegen die Resolution sprachen noch Abg. Gothein (fr. Vgg.) und die Nationalliberalen Hausmann und Bued. Letzterer stimmte bei dieser Gelegenheit ein Loblied auf die humane Behandlung, die verhältnismäßig kurze Arbeitszeit und die guten Löhne der Angestellten in großen Geschäften an und vertieg sich sogar zu der Behauptung, daß die jungen Leute es als ein großes Loos ansehen, in solchen Geschäften unterzukommen, weil sie hier vor Noth und Elend geschützt seien. Für die Resolution treten die Konservativen, das Zentrum und die Freikonservativen ein, während die Regierung, in deren Namen General-Steuerdirektor Burg-hart sprach, noch keine Stellung dazu genommen hat. Nach der Erklärung des Regierungsvorstehers ist so gut wie keine Aussicht vorhanden, daß dem Hause ein Gesetzentwurf, wie ihn die Resolution verlangt, zugeht. Trotzdem wurde die Resolution schließlich in einer etwas abgeschwächteren Form, die der Regierung vollkommen freien Spielraum läßt, angenommen. Am Mittwoch steht die Denkschrift über Arbeiterwohnungen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Der Umgang mit Prinzen ist offenbar recht schwierig. Gar leicht stolpert jemand gegen die Etikettenschränken, der nicht durch jahrelange Übung sich für Hofzeremonien gedrillt hat. Und nun gar wenn zwei Prinzen untereinander in Mißthelligkeiten gerathen sind. Passirt solch' ein Unglück, dann ist's nicht, als wenn so ein Paar gewöhnlicher Prinz und Prinzessin gegenseitig über die Achsel angesehen haben. Ein prinzipieller Zwist zaubert gleich die bekannten dunklen Punkte an den politischen Horizont; es giebt diplomatische Noten und alle Zuthaten einer Haupt- und Staatsaktion. Die Moskauer Krönungsfeierlichkeiten haben einen solchen Etikettenskonflikt gezeitigt. Gleich anfangs wurde schon in deutschen patriotischen Zeitungen feierlich Klage darüber geführt, daß Prinz Heinrich von Preußen nicht rechtzeitig durch die russischen Großfürsten empfangen worden sei, so daß er schon auf dem Sprunge gewesen sei, wieder abzureisen. Jetzt wird mit noch weit feierlicherem Ernst über folgenden prinzipiellen Zwischenfall berichtet:

Bei einem Fest, das die Moskauer Deutschen den anwesenden deutschen Prinzen und ihren Begleitern gaben, habe der Vorsitzende des Vereins der deutschen Kolonie einen Trinkspruch aus

gebracht auf den Prinzen Heinrich und alle Fürsten, die „im Gefolge“ dieses Verräters des deutschen Kaisers in Moskau erschienen seien. Als bald habe sich Prinz Ludwig von Bayern, der bayerische Thronfolger, erhoben, um gegen das Wort „Gefolge“ zu protestiren; er habe erklärt: „Wir sind nicht ein Gefolge, nicht Vasallen, sondern Verbündete des deutschen Kaisers. Als solche standen wir, wie Kaiser Wilhelm I. immer anerkannt hat, vor 25 Jahren an der Seite des Königs von Preußen, als solche werden wir wieder zusammenstehen, falls Deutschland wieder in Gefahr läme. Dies mögen die Deutschen allerorten bedenken und neben dem großen Vaterland auch die engere Heimath und Anhänglichkeit an die angekommene Dynastie nicht vergessen.“ Nach dieser Rede sollen Prinz Heinrich und der deutsche Botschafter sammt dem Botschaftspersonal das Fest verlassen haben.

Aus dieser Geschichte wird in der staatsbehaltenden Parteipresse nun eine Haupt- und Staatsaktion gemacht. Man wittert eine Auflehnung gegen das Reich und lange staatsrechtliche Deduktionen über das Verhältniß der Bundesstaaten zum Reich werden in usum Delphini zu Ruh und Frommen des bayrischen Thronerben, vom Stapel gelassen. Welch schwaches Vertrauen zum Reich müssen diese patriotischen Staatsretter haben, wenn sie glauben einige extemporirte Tischreden könnten es gefährden! Da sind wir sogenannten „Reichsfeinde“ doch bessere Menschen; wir glauben, daß alle derartige Reden ohne jede Bedeutung für die Entwicklung des Deutschen Reiches sein werden.

Die auswärtige Lage und die Politik Oesterreich-Ungarns. Im Budgetausschuß der österreichischen Reichsraths-Delegation gab der Minister des Auswärtigen Goluchowski ein Exposé über die auswärtige Politik und hob hervor, die Wirren in Makedonien sowie die nicht minder bedenklichen Vorkommnisse in Kleinasien hätten hauptsächlich die europäische Diplomatie beschäftigt; beide Fragen seien geeignet gewesen, einen Brand zu entfachen. Zuerst vereinzelt auftauchende Wirren in Makedonien hätten sehr bald einen Widerhall in Bulgarien gefunden, wo eine weitverzweigte Organisation den Ausbruch einer fast alle Balkanstaaten umfassenden Bewegung leicht zur Folge haben konnte; erst auf die Initiative Oesterreich-Ungarns sei eine Rundgebung sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages erfolgt und habe dem wüthen Treiben ein Ende gemacht. Schon nach wenigen Wochen habe eine eraprießliche Wirkung der Aktion konstatiert werden können. Nicht minder habe sich eine vom Standpunkte des europäischen Friedens angehende und zuletzt erzielte Einmütigkeit der Mächte in der armenischen Frage bewährt. „Wir wollten, so sprach der Minister fort, uns ursprünglich an der von England, Frankreich und Rußland inznirten Aktion trotz der Sympathie für die christliche Bevölkerung in Kleinasien nicht beteiligen, da wir neben anderen Ursachen von einleitenden diplomatischen Schritten keine eraprießliche Wirkung erhofften, vielmehr für die Armenier Unheil vorahnten. Thatsächlich blieben die bewilligten Reformen ein todtter Buchstabe und führten andererseits zu den bekannten Greuelthaten. Die besten Absichten des Sultans scheiterten an dem unbefieglichen Widerstande der vielfach korrupten türkischen Verwaltung. Die Gesandte hatten sich soweit zugespielt, daß die Gefahr eines einseitigen Eingreifens und somit das Ausrollen der ganzen orientalischen Frage immer drohender wurde. Wir dienten dem Interesse des Friedens, als wir gleichzeitig den festen Entschluß belundeten, den status quo der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten. Andererseits glauben wir den Dank und die Erkenntlichkeit der Türkei beanspruchen zu können; möge diese Erkenntlichkeit darin betätigt werden, daß die Türkei sich um die Herbeiführung erträglicher Zustände ihrer Provinzen aufrichtig bemühe und Vorkerkungen treffe, welche das Vertrauen Europas in ihre Lebensfähigkeit rechtfertigen können, sonst werden ihre besten Freunde, zu welchen auch wir gehören, sie vor dem schließlichen Niedergange nicht behüten können. Der Minister ging sodann auf die Besprechung des Verhältnisses zu den verschiedenen Mächten über und hob in erster Linie die Intimität, das gegenseitige Vertrauen und die enge Verständigung mit Deutschland hervor. „Unser Verhältniß zu Deutschland ist fester denn je. Ebenso intim und vertrauensvoll ist unser Verhältniß mit Italien.“ In erfreulicher Weise gestalten sich auch unsere Beziehungen zu Rußland. Rußland hat so kategorisch die Erhaltung des status quo und das unverbrüchliche Festhalten an den bestehenden Verträgen als das Ziel seiner Politik bezeichnet, daß wir keinen Grund haben, seiner Politik zu misstrauen.“ Nebner weist diesbezüglich auf die Stellungnahme Rußlands in einer der letzten Phasen der orientalischen Krise hin.

Als nämlich die revolutionäre Bewegung in Konstantinopel einen immer gefährlicheren Charakter gewann, entstand die Frage, ob Europa dem Sultan zur Wiederherstellung der Ordnung verhelfen sollte, was mittels einer genau umschriebenen Aktion sämtlicher Mächte, unter Aufhebung gewisser Bestimmungen des Pariser Vertrages für eine möglichst kurze Zeit, durchführbar gewesen wäre. Rußland erklärte damals, es hege die größten Bedenken gegen diese Weise des Vorgehens als ein gefährliches Präzedenz und könne keiner Vorkerkung zustimmen, welche den Bestimmungen des Pariser Vertrages zuwiderlaufe. Wir haben uns dieser Auffassung angeschlossen und nahmen von dieser Erklärung mit Befriedigung Kenntnis als von einer neuen Bürgschaft für die Fortentwicklung friedlicher Zustände. Unsere Beziehungen zum rumänischen Königreiche sind die allerbesten und erfreulichsten. Bei weitem nicht so zufriedenstellend sei die Lage in Serbien; dieses Land ist innerlich so zerrüttet und wandelt so unsichere Wege, daß seine Freunde die Entwicklung der letzten Jahre nur bedauern können. Man habe in Belgrad Neigung, andere für eigenes Verschulden verantwortlich zu machen, verkenne aber die daraus entspringenden Gefahren.

Der Minister erklärte sodann: Mit Frankreich fahren wir fort, auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, Frankreich zeigt sich so aufrichtig und loyal für den Frieden eingekommen, daß wir auch auf ein Zusammengehen in der Forderung einer friedlichen Lösung der europäischen Fragen stets zählen können. Mit England verbindet uns eine traditionelle Sympathie und beiderseits ist das Befrieden vorhanden, dieselbe in den fortlaufenden Beziehungen zum Ausdruck zu bringen.“ Schließlich besprach der Minister die Frage der Dongola-Expedition und erklärte, Oesterreich-Ungarn hätte die Angelegenheit nur von finanzieller Seite zu prüfen, er habe dabei in Uebereinstimmung mit dem deutschen und italienischen Kabinett auf das englische Ansinnen eine bejahende Antwort erteilt.

Das spanische Kabinett scheint nur noch mit Attentaten und Belagerungszustand regieren zu können. Die Mißstimmung des Volkes gegen die Regierung nähert sich ihrem Höhepunkte. Die Noth im Lande ist riesengroß, der Steuerdruck lastet schwer auf der Bevölkerung, dem Beamtenhum schuldete man die Gehälter, die Mißbräuche bei den Wahlen schreien gen Himmel, die Unfähigkeit des Militärs ist auf Ruba erwiesen worden, die Korruption der höchsten Behörden ist offenes Geheimniß, so steht die Monarchie vor einer Katastrophe. Wie der Extrinkende sich an einen Strohhalm krampfhaft klammert, so die

spanische Regierung an das rothe Gespenst. Deshalb kamen ihr die Bombenattentate in Barcelona, mag sie sie veranlaßt haben oder nicht, jedenfalls sehr gelegen. Sie lenken immerhin für einige Tage die Aufmerksamkeit des Volkes von dem vollgeschriebenen Schuldbuche der Regierung ab. Auch der Belagerungszustand, mit dem nach dem bekannten Worte Cavour's jeder Esel regieren kann, wird das Ministerium Canovas und das bourbonische Herrscherhaus nicht vor dem Untergang retten können.

Die Mißhandlung deutscher Militärinfruktoren in Nanking wird nun doch amtlich zugegeben. Von Berlin aus wird nämlich durch den offiziellen Telegraphen folgende Mittheilung verbreitet:

Nach amtlichem Bericht aus Peking hat Unteroffizier Krause in Nanking bei einem Angriff, welchen alte Truppen auf neue wegen Benutzung des Exzerzierplatzes unternahmen, eine nicht lebensgefährliche Stichwunde erhalten; im übrigen sind nur Chinesen verwundet worden. Trotz Proklamation des Generalgouverneurs und der getroffenen Schutzmaßregeln kam es am 4. d. Mis. zu einem neuen Zusammenstoß. Das Tsungli Yamen (Auswärtiges Amt in Peking) hat dem deutschen Gesandten umgehende strenge Befragung der Schuldigen zugesichert. Der Kommandant des deutschen Kriegsschiffes „Prinzess Wilhelm“ wird Schutzmaßregeln des Generalgouverneurs, wenn nötig, militärisch unterstützen.

Jedenfalls läßt sich nicht mehr vertuschen, daß der frischgebundene chinesisch-deutsche Freundschaftstopf bereits in Scherben gegangen ist, worüber sich der russische Erbfeind nicht weiter betrüben wird, da er als kühnster Realpolitiker in Ostasien seine heiligsten Güter schon in Sicherheit gebracht hat.

## Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

In einer Wirthschaft zu Worms saß am 2. März der 35jährige Kaiser Christian Hartmann aus Roth in Württemberg in angetrunkenem Zustande und schimpfte auf den deutschen Kaiser. Ein Heizer, der dort Karten spielte, drohte ihm, wenn er nicht aufhöre, werde er ihn verhaften lassen. Als der Trunkene dem Rath nicht folgte, führte der Heizer seine Drohung aus. Hartmann stand deshalb in Mainz am 8. Juni vor der Strafkammer des Landgerichts, angeklagt wegen Majestätsbeleidigung, und wurde zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Im Januar d. J. wurde die Ehefrau des Arbeiters Piger in Gießen wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Demnächst war die Frau von einer Gastwirthschaftskrahenberger, mit der sie in Freundschaft lebte. Die Angeklagte behauptete fortwährend ihre Unschuld und erreichte schließlich, daß das Verfahren gegen sie wieder aufgenommen wurde, nachdem sie dem Gericht einen Entlassungszeugen benannt hatte. Sie erhielt nämlich nach ihrer Verurteilung einen Brief, in welchem ihr ein junger Mann namens Roth mittheilte, er bedauere, erst jetzt Kenntniß von ihrer Beurteilung erhalten zu haben. Er sei an jenem Abend, an dem die Majestätsbeleidigung begangen sein soll, zugegen gewesen. Er könne beschwören, daß die unter Strafe gestellte Aeußerung nicht gefallen sei. Im Wiederanfrageverfahren beschwor Roth dem auch, daß jene Aeußerung anders gelaute habe und demzufolge von einer Majestätsbeleidigung keine Rede sein könne. Die früheren Belastungszeugen blieben bei ihren Aussagen und die Frau wurde abermals zu 3 Monaten verurtheilt, Roth aber wegen Verdachts, einen Meineid geleistet zu haben, sofort verhaftet. Er stand am 8. Juni in Gießen vor dem Schwurgericht und wurde — freigesprochen. An seiner Stelle wurde aber der Arbeiter Piger in Haft genommen, weil er sich meinedverdächtig gemacht hat. Wer will hier ein Ende absehen?

Der frühere Hofstaatssekretär Könneke in Braunschweig ist aus der Untersuchungsanstalt in Jrenenanstalt nach Königslutter gebracht worden. Er führte einen Zivilprozeß gegen das Hofmarschallamt des Prinzen Albrecht von Preußen und hat sich dabei angeblich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht, die ihn in Untersuchungsanstalt brachte.

Der Redakteur der volksparteilichen „Münchener Freien Presse, Hof, ist vor das Schwurgericht wegen Majestätsbeleidigung (Beleidigung des deutschen Kaisers) verwiesen. Es handelt sich um Bemerkungen des Blattes zu der Bezeichnung des Kaisers Wilhelm I. als der „Große“ und über die im Januar erfolgte Stiftung eines preussischen Ordens zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm I.

## Deutsches Reich.

— Reichseinnahmen. An Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) aus Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie anderer Einnahmen sind im Deutschen Reich für das Etatsjahr 1895/96 zur Abschreibung gelangt:

Zölle 415 898 898 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres (+ 27 759 606 M.), Tabaksteuer 12 959 931 M. (+ 598 198 M.), Zudersteuer 86 285 765 M. (+ 1 121 286 M.), Salzsteuer 46 529 128 M. (+ 1 174 963 M.), Malzschottich- und Branntweinmaterial-Steuer 22 925 123 M. (+ 832 733 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 115 158 440 M. (- 2 845 015 M.), Brennsteuer 1 409 767 M. (+ 1 409 767 M.), Brausteuern 28 544 690 M. (+ 2 178 877 M.), Uebergangsabgabe von Bier 8 751 259 M. (+ 126 210 M.); Summe = 732 925 946 M. (+ 32 389 122 M.), Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 15 522 582 M. (+ 6 484 551 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 19 888 588 M. (+ 3 481 684 M.), c) Loose zu: Privatlotterien 3 062 192 M. (+ 739 607 M.), Staatslotterien 16 542 449 M. (+ 4 569 890 M.), Spielartenstempel 1 497 997 M. (+ 58 068 M.), Wechselstempelsteuer 8 784 608 M. (+ 586 671 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 287 049 616 M. (+ 17 271 614 M.), Reichs-Eisenbahnverwaltung 68 545 988 M. (+ 5 787 945 M.)

Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen für das Etatsjahr 1895/96: Zölle 888 242 362 M. (+ 20 561 878 M.), Tabaksteuer 10 806 188 M. (- 423 782 M.), Zudersteuer 80 585 088 M. (+ 162 898 M.), Salzsteuer 45 466 602 M. (+ 1 003 853 M.), Malzschottich- und Branntwein- Materialsteuer 18 207 527 M. (+ 182 632 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 95 140 810 M. (- 4 459 690 M.), Brennsteuer 1 090 774 M. (+ 1 090 775 M.), Brausteuern und Uebergangsabgabe von Bier 27 483 722 M. (+ 1 903 564 M.), Summe = 662 023 069 M. (+ 20 081 628 M.), Spielartenstempel 1 349 546 M. (+ 69 489 M.)

Hätte Herr v. Posadowsky nicht eine nie zu stillende Sehnsucht nach neuen, natürlich indirekten Steuern, so müßte er von den Ergebnissen des letzten Rechnungsjahres recht befriedigt sein. Den nimmerfertigen Agrariern wird das Ergebnis auch nicht in den Kram passen. Mehr als 20 1/2 Millionen mehr an Reineinnahmen bei den Zöllen und der Rückgang der Verbrauchsabgabe von Branntwein paßt recht wenig in das Formular der agrarischen Agitationredner.

Zu der Uebersicht wird in den „Berl. Polit. Nachr.“ geschrieben:

Die Uebersichtungen an die Bundesstaaten sollten nach dem Etat 573,8 Millionen Mark betragen; sie würden sich auf 414,6 Millionen stellen und die Matrikularumlagen mit 84,5 Millionen Mark um rund 80,2 Millionen Mark übersteigen, wenn nicht durch das Reichsgesetz betreffend die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen die Hälfte dieser Summe zur Tilgung von Reichsschulden zurückbehalten wäre. Immerhin steigt den Bundesstaaten noch eine Summe von über 15 Millionen Mark über die von ihnen auszubringenden Matrikularumlagen zu. Preußen, welches nach dem Etat 289,2 Millionen Mark an

Matrikularumlagen zu zahlen hatte, während es nur auf 226,5 Millionen Mark an Ueberweisungen, mithin mit einem Gebühretrage von 6,7 Millionen Mark zu rechnen hatte, wird über 243 Millionen erhalten, während ihm ohne die Zurückhaltung eines Theiles der Summe zum Zwecke der Tilgung von Reichsschulden über 252 Millionen Mark zufließen würden.

Der Entwurf des neuen Handelsgesetzes wird nach einer Mittheilung des Geheimrathes Dr. Hoffmann vom Reichsjustizamt auf der Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine schon in 10 bis 14 Tagen im Buchhandel erscheinen.

Die Wahlarbeit gegen die zweijährige Dienstzeit wird von der officiösen Presse eifrig weiter betrieben. So schreibt die „Straßburger Post“, daß sich nicht eine einzige Stelle unter den berichteten höchsten Instanzen rückhaltlos für die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen habe. Es sei schon vielfach darauf hingewiesen worden, daß bei den technischen Rassen mit der zweijährigen Dienstzeit keine sonderlich günstigen Erfahrungen gemacht worden seien, ob sich dies in den nächsten drei Jahren wesentlich besser gestalten wird, erscheine sehr fraglich. Schon jetzt werde von bayerischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß namentlich die Pioniertruppe in zwei Jahren nicht die erforderliche kriegerische Ausbildung erhalten kann. Andere Offiziere versichern, es bestehe hinsichtlich der Infanterie, der Pioniere und der Eisenbahntuppen die gleiche Auffassung auch auf preussischer Seite.

Der wahre Grund dieser Leute für die ersehnte Verlängerung der Dienstzeit ist natürlich der Wunsch, die Truppen zum Kampfe gegen den inneren Feind besser einzubringen.

Nachlässig des Todes Jules Simons sandte der Kaiser Kondolenzbesuchen an den Präsidenten der Republik und an die Witwe des Verstorbenen. Aus der Depesche an den Präsidenten der französischen Republik ist der folgende Satz bemerkenswerth:

Seine liebenswürdige Persönlichkeit wird mir stets gegenwärtig sein, wenn ich mich der Tage erinnere, wo er mir seine werthvolle Unterstützung zu theil werden ließ, um das Schicksal der arbeitenden Klasse zu verbessern.

Bekanntlich hat Jules Simon die Erfüllung der kaiserlichen Versprechungen vom 4. Februar 1890 nicht erlebt.

Der preussische Justizminister Herr Schönstedt hat wieder ein charakteristisches Lebenszeichen von sich gegeben. Der „Freisinnigen Zeitung“ wird nämlich mitgetheilt, Herr Schönstedt habe einem jüdischen Assessor gegenüber erklärt, daß er von dem Grundsatz ausgehe, nur so viele jüdische Richter anzustellen, als das Verhältnis der Zahl der christlichen Bevölkerung zur jüdischen Bevölkerung ergebe. Der Minister soll den betreffenden Assessor, dessen Name uns angegeben wird, aufgefordert haben, hieron seinen jüngeren Kollegen jüdischer Konfession Mitteilung zu machen. „Die Strömung“, soll der Minister gesagt haben, „verlange es, daß nicht mehr jüdische Richter als nach Maßgabe der Bevölkerung angestellt würden.“

Eine treffliche Illustration ist das für die „Gleichheit vor dem Gesetz“. Für die Sozialdemokraten kommt es zwar auf ein hinaus, ob sie von Juden oder Christen abgeurtheilt werden. Aber für die Denkwürdigen des Herrn Schönstedt ist die Geschichte bezeichnend. Der Herr gehört doch nicht zu jenen besorgten Leuten, die sich in ihrem Gewissen gedrungen fühlen, sich jeder Strömung zu akkomodieren, mit der der Sitzakturs gerade segelt.

Herr v. Plösch. Die „Köln. Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 6. Juni: „Seit dieser Zeit (28. April) hat Herr v. Plösch die Angelegenheit auf sich beruhen lassen. Gestern ist nun im Reichstage der Abgeordnete Singer auf die Sache zurückgekommen; er konnte dabei die Behauptungen, die Herr v. Plösch mit dem Muth der Kaltblütigkeit als gemeine Lügen bezeichnet hatte, in allen wesentlichen Punkten aufrecht erhalten. Herr v. Plösch sah sich genöthigt, zuzugeben, daß er früher mit der Firma Jean Fränkel in Spekulationsverbindungen gestanden habe und daß er vor drei bis vier Jahren einige kleine Versuche im Getreide-Termingeschäft gemacht, seitdem aber die Finger davon gelassen habe. Wir sind nicht der Ansicht, daß Herr v. Plösch durch seine Vertheilung am Börsenspiel sich eines todeswürdigen Verbrechens schuldig gemacht hat. Aber durch die klägliche Art, wie Herr v. Plösch seine Sache geführt hat, ist er zu einer Figur geworden, die eine ernsthafte politische Partei unmöglich in ihrer Mitte dulden kann. Er hat zunächst unter einem bedeutenden Aufwande von Wortklauberei und sittlicher Entrüstung alles bestritten; er hat dann die Behauptungen Singer's als im wesentlichen zutreffend anerkennen müssen, hat sich dabei aber in einer mittheilenden Weise wie ein Wurm gekrümmt und gewunden. Herr v. Plösch glaubte offenbar sehr klug zu handeln, wenn er versuchte, die Aufmerksamkeit auf gleichgültige Nebenpunkte abzulenken; in Wirklichkeit hat er damit lediglich die Komik seiner Position verstärkt, die ohnehin auf die Rachmuskel einen großen Reiz ausübt. Wer wird nicht in befreiender Heiterkeit lächeln, wenn ein Agrarier, der sich beim Differenzgeschäft die Finger leicht verfangt hat, mit breitbrütigem Pathos über die Wermerlichkeit des Börsenspiels jammert? Wenn der biedere Landwirth aber die Kaveletts soweit treibt, daß er das kleine Börsenspiel des Junkers als legitim hinstellt, wenn der kleine Schäfer scharfsinnige Untersuchungen darüber anstellt, ob ein Bankier, der das Börsenspiel des Junkers ausplaudert, noch als tugendhaft gelten könne, so erwidert er sich einen berechtigten Anspruch auf den Dank der gesammten lachlustigen Menschheit. Man kann nunmehr getroßt abwarten, ob der Wund der Landwirth nach dieser Entlarvung eines Mannes, der viel zur Verberbung der deutschen Produktivkräfte beigetragen hat, das Bedürfnis empfinden wird, zu beweisen, daß die große Masse seiner Mitglieder moralisch und geistig der Wundheilung überlegen ist. In weiteren Kreisen wird man der Sache eine typische Bedeutung beimessen. Es ist leider vielfach Sitte, daß Leute mit kleinem Vermögen und geringer landwirthschaftlicher Bildung aus Grobmannsicht große Güter kaufen und nun, um aus einer unhaltbaren Lage herauszukommen, an der Börse spielen und nach Staatshilfe rufen. In einem Musterbeispiel ist einmal gezeigt worden, was für Existenz es sind, die in agrarischen Kreisen die Hege gegen Industrie und Kapital betreiben und zugleich dem Landwirth einreden, der Staat habe die Pflicht, dem Bauernmann alle wirthschaftlichen Sorgen abzunehmen. Der „Reichsbote“ schreibt: „Es fällt uns nicht ein, Herrn v. Plösch entschuldigen zu wollen, daß er nun selbst zugehen mußte, noch 1894 und 1895 Getreide-Termingeschäfte an der Börse gemacht zu haben, während er im Lande gerade wegen solcher Geschäfte die Börse als bestigste bekämpfte, und daß Graf Schwerin-Löwis dasselbe that. Was man öffentlich als Unrecht und als vollverderblich bekämpft, das darf man nicht heimlich selbst treiben, auch nicht, wie Herr v. Plösch, angeblich um es lernen zu können, und noch weniger wie Graf Schwerin, um an dem Spiel zu gewinnen. Diese Doppelrolle ist unter allen Umständen verwerflich und ist dazu geeignet, auch die beste Sache zu diskreditieren. Man darf sich deshalb auch nicht darüber wundern, daß die Börsenpresse (?) diese Zustände der beiden Agrarier benutzt, um nicht bloß die ganze Tendenz des Gesetzes, sondern auch die Partein und Bestrebungen, denen die Herren zugehören, in Mißkredit zu bringen, und es ist begreiflich, daß ihnen das um so leichter gelingen dürfte, wenn diese Parteien solche Sünden ihrer Mitglieder vertheidigen oder

beschönigen wollten; denn dadurch würden sie sich selbst ihrertheilhaftig machen. Es hat uns deshalb gefreut, daß kein Mitglied der konservativen Partei das Börsenspiel der Herren v. Plösch und Graf Schwerin vertheidigt hat, sondern daß man denselben sehr deutlich die Mißbilligung der Fraktion hat zu erkennen gegeben.“

Von dieser Mißbilligung ist nicht allzuviel zu bemerken gewesen.

Ohne Unterschied der Partei. In dem Bismarck-Organ „Hamburger Nachrichten“ findet sich die folgende Depesche aus Hannover:

Aus Friedrichshagen ist hier die Nachricht eingetroffen, daß Fürst Bismarck sich freuen würde, die Hannoveraner am 5. Juli zu empfangen, wenn inzwischen sein Gesundheitszustand besser geworden wäre. An der Huldigungsfahrt nehmen die Hannoveraner ohne Unterschied der Partei theil.

Was das Gesunkene werth ist, zeigt die Wahlstatistik. Am 15. Juni 1893 wurden im Kreise Hannover-Linden Stadt von 42 544 abgegebenen Stimmen 29 501 sozialdemokratische, weisliche und freisinnige gegenüber 13 035 nationalliberalen und antisemitischen Stimmen abgegeben und in der ganzen Provinz sind die bismarckfeindlichen Stimmen stärker als die bismarckfreundlichen, so daß der Herzog von Lauenburg sich mit der „Huldigung“ einiger nationalliberaler Fabrikanten wird begnügen müssen.

Aus Ruppin-Templin wird uns geschrieben: Der königliche Landrath, Geheimer Regierungsrath von Arnim zu Templin besuchte am 22. April 1893 die durch Bekanntmachung im Kreisblatt Nr. 47 ausgeschriebene Antisemitenversammlung zu Templin und war in Begleitung des königlichen Oberförsters, Amtsvorstehers und Amtsanwalts Fischer zu Heiersdorf. Letzterer trug ganz frei seinen mit dem Offiziersportee gezierter Hirschfänger, betrat damit zweimal die Rednerbühne und achtete nicht auf den laut schallenden Ruf aus der Versammlung: „Säbel weg!“ — Der Leiter der Versammlung (Antisemit Böcker), der Gendarmerie-Oberwachmeister Klander, der Gendarm Schmidt, der Polizeiverwalter von Templin — Bürgermeister Nischke —, und der genannte Landrath v. Arnim — niemand von allen diesen Anwesenden schritt gegen das Auftreten des bewaffneten Redners ein. Der Redner ist konservativ.

Zur selben Stunde war Herr von Arnim: Landrath, Wahlkandidat der konservativen Partei, und Wahlkommissar. Erst am 23. April hat der Regierungspräsident einen anderen Wahlkommissar ernannt, laut Amtsblatt Nr. 18.

Die „Kölnische Volkszeitung“ (Zentrumblatt) vom 29. April ist am letzten Sonnabend, also 1/2 Monate nach ihrem Erscheinen, konfiszirt worden. Anlaß zu dieser Maßregel, bei der von vornherein das nachträgliche Vorgehen unberücksichtigt erscheinen muß, hat eine Betrachtung über das Verhalten der Behörden im Fall Kope-Schradler gegeben. Die „Kölnische Volkszeitung“ hatte Bezug genommen auf eine Aeußerung des Staatssekretärs v. Völkicher im Reichstage, der bestritten hatte, daß die Organe der Staatsgewalt, die strafbare Handlungen möglichst zu verhindern haben, gegenüber den Zweilämpfern ihre Schuldigkeit nicht getan hätten. Das Blatt hatte demgegenüber die Frage gestellt, weshalb die Staatsanwaltschaft, die doch bei jedem kleinsten Vergehen sofort mit umfangreichen Vernehmungen bzw. Verhaftungen bei der Hand ist, im Falle Kope-Schradler die doch jedenfalls zu ihrer Kenntniss gelangte längst vollendete strafbare Handlung der Herausforderung zum Zweikampfe nicht rechtzeitig verfolgt hat, und weshalb man Kope nicht sofort nach dem tödtlichen Ausgang des Duells verhaftet habe, anstatt ihm „Urlaub“ zu einer Reise zu bewilligen. Hieran knüpfen sich Betrachtungen über die Einseitigkeit des staatsanwaltschaftlichen Vorgehens, die anscheinend von einem eifrigen Aufspürer von Prebdelikten als strafbar herausgefunden worden sind.

Das Ziele-Winkler'sche Vergregal. In dem Beschwichtigungsvorschlag des „Reichs-Anzeigers“ betreffs des Ziele-Winkler'schen Vergregals im Bezirk der Kleophasgrube war behauptet worden, daß der Regalinhaber die Abgabe bereits freiwillig von 10 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt habe. Dazu bemerkt die Leipziger „Volkszeitung“: „Was speziell die Kleophasgrube betrifft, so widerspricht diese Behauptung des „Reichs-Anzeigers“ den Thatsachen. Auf der Kleophasgrube lastet die Abgabe in ihrer vollen drückenden Höhe von 10 Prozent. Jede Ermäßigung ist rückgängig gemacht, da ist es denn allerdings erklärlich, wenn das Geld zu Arbeiter-schuldrungen knapp wird.“

Der christlich-soziale Pastor Rauch hat bei seinen Verbrechen ganz nach dem Hammerstein'schen Vorbild gehandelt, wie die „Stettiner Abend-Zeitung“ mittheilt; so drohte er einem der Kirchenältesten, dem die Sache mit der Kirchenkasse doch wohl nicht recht geheuer vorgekommen sein mochte, mit einer Klage beim Staatsanwalt. Die Unterschriften der Kirchenältesten, die zur Verbilligung der Werthpapiere nöthig waren, sind flott gefächelt worden. Einige kostbare Altershäuser, ein Kruglohn und ein Abendmahlsbecher sollen gleichfalls in gangbare Münze durch Verkauf umgewandelt worden sein. Auch einige kleinere Kassen, die der Pfarre verwaltete, sind leer. Die Unterschlagungen des Pastors sind nur dadurch an das Tageslicht gekommen, daß der ihm bestreute Chef eines Bankhauses, von dem der Pastor bei drohenden Kassenrevisionen derartige Summen stets für einige Tage entliehen hatte, kurz vor der letzten Kassenrevision starb.

Einen Kampf um den Kommerzienraths-Titel soll der degradirte Rübener Kommerzienrath Nathan Herzberg aufnehmen wollen. Das „Berliner Tageblatt“ verkündet feierlich, Herr Herzberg habe die Rückgabe des ihm verliehenen Diploms verweigert und es bei einem Rechtsanwalts deponirt, der von ihm mit der Beschreitung des Klageweges betraut worden sei. Es muß dem Kommerzienrath auch schwer antommen, den Titel fahren zu lassen. Er hat es sich sicher große Summen für Denkwörter und sonstige patriotische Zwecke kosten lassen, um die Augen Serenissimi auf sich zu ziehen, und nun soll das alles für nichts gewesen sein, bloß weil dem Kommerzienrath in einem Gerichtsverfahren eine unsaubere Geschäftspraxis nachgewiesen wurde?

München, 6. Juni. Die Reichsrathskammer hat in ihrer heutigen Sitzung, in welcher vom Igl. Kaufe die Prinzen Rupprecht, Carl, Arnulf, Ludwig Ferdinand, Alfons und Herzog Ludwig anwesend waren, auf Antrag des Referenten von Auer beschlossen, die von der Abgeordnetenversammlung zu Kapitel 10 § 3 des Kultusetats gefassten besonderen Beschlüsse, die Erhöhung der Lehrgelder und Pensionen betreffend, abzulehnen, da der Beschluß der zweiten Kammer „zu weit“ (?) gehe, weit über das Vermögen der Staatskasse hinaus. (Die Apanagirung der Prinzen geht den hohen Herren nicht zu weit.) Es sei jedoch das Ersuchen an die Staatsregierung zu richten, nach geprüften Erhebungen eine Beschlussevorlage an den Landtag zu bringen, welche die Bezüge und Pensionen der Lehrer einer Revision unterstellt.

Abgeordneter Dr. Bürlin. Wie dem „Berl. Tageblatt“ geschrieben wird, soll der Reichstags-Abgeordnete Dr. Bürlin beabsichtigen, aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niederzulegen.

Fünf Jahre und einen Tag Gefängniß. Unter der Anklage des militärischen Vergehens der Aufwiegelung stand am Sonnabend der Gemeine Adolf Huber der 11. Compagnie des Königl. bayerischen 1. Infanterie-Regiments vor den

Münchener Militärgelehrten. Am 9. April l. J. hatte die Compagnie unter dem Kommando des Hauptmanns Höller eine Uebung, welche über die festgesetzte Zeit verlängert wurde, weil Höller mit dem Oerzieren unzufrieden war. Hierbei gerieth Huber in Aerger und äußerte: „Jetzt mag ich nicht mehr!“ wobei er absichtlich umgefallen sein soll. Hauptmann Höller befahl ihm einzutreten, erhielt aber die Antwort: „Parole Hauptling, 100 Tage haben wir noch, die halte ich auch noch aus.“ Als Hauptmann Höller das Kommando gab: „Parademarsch auf der Stelle, ohne Trittschritt!“ rief der in der letzten Section befindliche Huber den neben ihm marschirenden Mannschaften laut zu: „Schmeißt den Parademarsch um, wechselt den Trittschritt!“ worin nach der Anklage eine Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung zu erblicken ist. Die Aufforderung Huber's blieb jedoch wirkungslos. Huber das Kommando des Hauptmanns: „Frei weg!“ drückte Huber jedoch entgegen diesem Befehl direkt auf seinen Nebenmann, so daß mehrere Leute aus Reih und Glied gedrängt wurden und die Front in Unordnung gerieth. Huber gesteht letztere Handlung zu, stellt aber die gravirende Aeußerung in Abrede. Auf Grund des Wahrspruchs der Gelehrten wurde Huber zu fünf Jahren 1 Tag Gefängniß verurtheilt, wovon 1 Monat 1 Tag erlittene Untersuchungshaft abgehen.

Darmstadt, 7. Juni. (Eigener Bericht.) In der Zweiten Kammer stellte der nationalliberale Abg. Muth den Antrag, den Schulunterricht auf dem Lande in anderer Weise einzuteilen, als die Schüler von 12—14 Jahren zur Feldarbeit heranzuziehen zu können. Die Regierung verhielt sich mit abblehnd und der Antrag fiel dann auch mit allen gegen zwei Stimmen durch. Der ultramontane Abg. Frhr. v. Rößl hatte dazu einen Eventualantrag eingebracht, wonach die Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren an Sommernachmittagen keinen Unterricht haben sollen. Von sozialdemokratischer Seite sprach der Abg. Cramer gegen den Antrag, der ebenfalls mit allen gegen die fünf ultramontanen Stimmen abgelehnt wurde.

### Hungarn.

Budapest, 8. Juni. Eine außerordentliche Ausgabe des „Amtsblattes“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Justizminister vom 1. April, wonach dieser wegen der Beugnadigung von solchen Personen, die vorher nicht bestraft waren und eine Gesetzesverletzung aus Unbedachtsamkeit, wegen drückenden Glends oder bei augenblicklichen Lebensnotständen verübten, ferner von Personen, die wegen politischer Verbrechen, wegen Verleumdung des Monarchen und von Mitgliedern des königlichen Hauses oder Aufreizung gegen den Kaiser verurtheilt wurden, einen Vorschlag unterbreiten sollte. Infolge der Unterbreitung des Ministers begnadigte der Kaiser 149 Verurtheilte, und wurden diese auch vorgestern freigelassen.

Budapest, 9. Juni. Beim gestrigen Huldigungs-Festzug des Parlamentes und der autonomen Körperschaften kamen zahlreiche Unglücksfälle vor. Die Grafen Kestely und Georg Szapary, Sohn des ehemaligen Ministers Julius Szapary, sowie mehrere Fahnenträger stürzten von den Pferden und wurden ernstlich verwundet. Auf dem Franz-Josef-Platz wurde ein eisernes Gitter eingedrückt, wobei sechs Personen schwer verletzt wurden. Ebenso kamen mehrere Hirschläge vor.

### Frankreich.

Die sozialistischen Siege in Paris. Grouffier (Soi.) wurde mit 5816 von 10 388 und Dejeante (Soj.) mit 5812 von 8701 abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgange gewählt. Deville, der auch für die Deputirtenkammer, nicht wie wir gestern irrthümlich angaben, für den Senat kandidirt, erhielt von 7760 abgegebenen Stimmen 2774, außerdem bewarben sich noch acht andere Kandidaten um das Mandat. Der Deville am nächsten kommende Gegner erhielt nicht einmal die Hälfte der auf Deville gefallenen Stimmen. Die Wahl Deville's scheint gesichert zu sein.

Von den drei Nachwahlen in der Provinz, die auch am letzten Sonntag stattfanden, endete eine gleichfalls mit einem Triumph des Sozialismus. Im Departement Ardèche wurde der Sozialist Perrin mit 6596 Stimmen gegen den Republikaner Clerg, der bloß 5408 Stimmen erhielt, gewählt.

Paris, 8. Juni. Deputirtenkammer. Das Haus ist stark besetzt. Erneuerung Jaurès bringt eine Interpellation ein über die jüngste Ernennung von Präfecten, welche die Feindseligkeit des Kabinet's den Sozialisten gegenüber beweise. Redner fügt hinzu, das Kabinet werde von der Rechten unterstützt, bei der Macht aber, die der Sozialismus erlangt habe, müsse mit ihm oder gegen ihn regiert werden. Eine Politik der gemäßigten Parteien sei nicht mehr möglich, die Partei der Opportunisten sei verurtheilt. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Nach den Ausführungen Jaurès' erwidert der Minister des Innern Barthou, die Ernennungen von Präfecten seien im Geiste der Mäßigung und der Vernünftigkeit erfolgt. Die Regierung bestrebe sich, die Volksmassen an sich zu ziehen, während die Sozialisten an die Bonapartisten appellirten (?). (Beifall im Centrum, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Die Politik der Regierung sei leicht zusammenzufassen; dieselbe sei eine feste und entschlossene republikanische und von den Sozialisten getrennte. (Beifall im Centrum.) Redner schloß: Millebrand hat in seiner jüngsten Rede erklärt, außerhalb des Kollektivismus gebe es keinen Sozialismus; nun denn, wir sind gegen revolutionären Sozialismus und gegen Kollektivismus nicht nur ohne Nachgiebigkeit und Schwäche, sondern auch ohne Zögern. Ihnen gegenüber wäre Zögern unverzeihlich, verbrecherisch. Wir sind entschlossen, sie zu bekämpfen. Wir wollen ihre Hülfe nicht und haben nichts gethan, ihr Vertrauen zu verdienen. Wir sind gegen den revolutionären Sozialismus und gegen den Kollektivismus. (Beifall.) Auf eine Anfrage des Deputirten Jambert, ob das Kabinet sich auf die Ministerialen und die Militärten stütze, erwidert Ministerpräsident Meline, man wisse wohl, daß das Kabinet nicht clerikal sei. „Wir wissen, daß unser Programm den Sozialisten nicht gefällt, und fordern deshalb alle Republikaner auf, mit uns zu stimmen.“ (Beifall.) Nach Erwidern der Deputirten Jaurès' und Goblet wird die Diskussion geschlossen. Jambert bringt eine Tagesordnung ein, welche besagt, die Kammer werde ihr Vertrauen nur einem Kabinet'schenken, welches mit der republikanischen Mehrheit regiere. Sauzet bringt eine Tagesordnung ein, in welcher die Erklärung der Regierung gebilligt wird. Diese Tagesordnung wird von dem Ministerpräsidenten genehmigt. Die Priorität zu gunsten der Tagesordnung Jambert wird mit 582 gegen 255 Stimmen abgelehnt und die Tagesordnung Sauzet mit 318 gegen 288 Stimmen angenommen. (Beifall im Centrum.) Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Paris, 8. Juni. Der Gemeinderath hat für die durch die Moskauer Katastrophe Betroffenen 10 000 Franken bewilligt. — Der Jar sollte es eigentlich als Schimpf betrachten, daß für die bei seinem größten Feinde Verunglückten vom Auslande Gelder zur Unterstützung der Opfer gesandt werden.

### Belgien.

Brüssel, 9. Juni. („Magde. Zeitung.“) Die Liberalen sprengten eine sozialistische Wahlversammlung in einem Vororte, wobei es zu einem blutigen Handgemenge kam, in dem mehrere Personen verwundet wurden.

England.

London, 8. Juni. Unterhaus. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erklärt, die Grenzlinie zwischen dem deutschen und britischen Neu-Guinea sei im Jahre 1885 vereinbart worden.

Die englischen Blätter legen der Entscheidung des Gemischten Gerichtshofes in Kairo in Sachen der Kasse der öffentlichen Schuld kein Gewicht bei.

Norwegen.

Christiania, 9. Juni. Die Budgetkommission nahm einstimmig die Regierungsvorlage betreffend die Aufnahme einer neuen Staatsanleihe von 25 Mill. Kronen an.

Serbien.

Forderungen und Verkündigungen durch Beamte. Die „Srpka Zastava“, das Organ des Regenten Mitić, veröffentlicht eine Eingabe an den König aus Pojarevac, welche die furchtbare Thatsache enthüllt, daß die Häftlinge in den serbischen Kerker gefesselt und verstümmelt werden.

Die Eingabe, welche auf das jetzige Regime in Serbien ein schauerliches Licht wirft, lautet nach der „Volks-Zeitung“ wörtlich:

Ow. Majestät! Deine treuen Unterthanen aus dem Pojarevac Kreis werden unschuldbar von einem schrecklichen und unerhörten Unglück verfolgt und die Urheber dieses Unglücks sind Deine eigenen Beamten, welche Ordnung und Gerechtigkeit verbürgen sollten.

In den Gefängnissen dieses Kreises schmachten unschuldige Leute dühnend unter dem Verdachte erdichteter Verbrechen. Darunter befinden sich die angesehensten, ehrbarsten und wohlhabendsten Männer der ganzen Gegend, welche wiederholt zu Ortsvorstehern gewählt wurden.

Herr! Wir erdulden heute weit schrecklichere Qualen als jene waren, welche deinen Vorjahren Milos bestimmten, die Frage des Aufstandes gegen die türkischen Unterdrücker zu erlösen.

Die Gefangenen sind bleich und gleichen Skeletten, die man aus dem Grabe ausgräbt. Ihre Wäsche und Kleider sind von den verübten Folterungen in Blut getränkt.

Forderungen diese Zustände nicht gebieterisch eine europäische Intervention? So fragt die „Semliner Zeitung“.

Bulgarien.

Sofia, 8. Juni. Die Agence „Balkanique“ hebt hervor, daß die Verhandlung des Appellgerichtshofes über die Klage des Raumin Zusektschew erschütternde Einzelheiten ergeben habe.

Das Appellgericht verurteilte Zusanow und Totew zu je sechs Jahren und den früheren Gendarm Zusektschew zu einem Jahr Gefängnis.

Türkei.

Kretensisches. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Canea konnten die türkischen Truppen am 6. d. M. nach dreitägigem Kampfe in verschiedenen Dörfern der Provinz Kibonia und Kiffamo eingeschlossenen türkischen Familien befreien.

Ein Telegramm der in Athen erscheinenden Zeitung „Asty“ aus Santorin meldet, daß die Mohamedaner in Heraklion eingedrungen sind, indem sie die Wache bezwangen.

Der „Agence Havas“ wird aus Athen gemeldet, während des Gefechts bei Butolies habe ein türkischer Kreuzer die Stellungen der Aufständischen beschossen.

Im englischen Parlamente führte der Staatssekretär Curzon aus, bereits im Dezember sei der britische Vorkämpfer angewiesen worden, die Aufmerksamkeit der Presse auf die Zustände in Kreta zu lenken.

Wraah (an der Nigermündung), 8. Juni. Die Ueberlebenden der in der Landschaft Borgu ansickernden französischen Expedition, Hauptmann Louté, 2 andere Europäer, 60 eingeborene Soldaten und 120 Träger befinden sich auf dem Wege nach Lagos.

Afrika.

Mafsch, 9. Juni. Major Burn-Murdoch eroberte mit Kavallerie Suerda, wobei eine Anzahl Dervische umkamen und bemächtigte sich auf dem Marsche eines ganzen Lagers der Dervische, wo er 40 Gefangene machte und eine große Menge Vorräthe in Besitz nahm.

General Kitchener läßt die Infanterie von Jizet aus vorrücken, um Suerda zu halten, dessen Einnahme die Ägypter zu Herren des Nil im Norden dieser Stadt macht.

Partei-Nachrichten.

Aus Hildesheim. Wenn die niedere und höhere Bureaucratie Hannover's etwa glaubt, die Erklärung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen werde der Ausbreitung des Sozialismus abträglich sein, so befindet sie sich gründlich auf dem Holzwege.

Das Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei im Großherzogthum Hessen hat sich nunmehr konstituiert. Den Vorsitz führt Genosse Ulrich-Offenbach, Kassirer ist Dr. Offenbach und Beisitzer die Genossen Dr. Gießen, Berthold-Darmstadt und Jöst-Main.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Mainz berichtet wird, hat in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei der Abgeordnete Jöh den Antrag gestellt, zur Aussicht über die Geschäftsführung des Partei-Organ („Mainzer Volkszeitung“) eine stehende Redigirende Redaktionskommission zu ernennen.

Zum Internationalen Kongress entsenden die Genossen von Reuß j. L. ihren Abgeordneten Wurm.

Deutsche Sozialisten in der Schweiz. Aus Zürich wird uns geschrieben: Der Landesauschuß der deutschen Sozialisten und Arbeitervereine beruft auf Sonnabend, den 20. Juni, vormittags, eine Landeskonferenz nach Bern ein mit folgender Tagesordnung: Bureauwahl, Tätigkeitsbericht des Landesauschusses, Antrag Luzern: Zentralisation der Arbeitervereine-Krankenkassen, Antrag Zürich: Errichtung eines eigenen Depots für den Schriftenverlauf, Antrag Frauenfeld: Regelung des Unterstützungswezens, Antrag St. Gallen, Aargau: Agitationsreisen durch tüchtige, bekannte Redner aus Deutschland oder Oesterreich.

Der vierzehnte Jahreskongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird am 21. Juli in Lille zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Der Internationale Kongress zu London und die auf denselben zur Verhandlung kommenden Fragen.

Von Liebknecht's Agitationstournee. Aus London schreibt man uns unterm 7. Juni: Am 1. Juni fand die Liverpooler Versammlung in Picton-Hall vor ca. 2000 Personen statt, abermals wie in Edinburgh geleitet von einem Geistlichen Rev. Adams.

London, 9. Juni. (W. Z. B.) Der schwedische Dreimaster „Azel Wasse“ hatte am 5. d. M. an der spanischen Küste einen Zusammenstoß mit dem belgischen Dampfer „Princesse Clementine“, welcher auf der Fahrt von Genoa über Livorno nach Antwerpen begriffen war.

Beifall deutsch und englisch, Dr. Aveling, der die Versammlung leitete und Frau Mary Aveling englisch, Jedrejowski polnisch, Lehner deutsch, Burrows englisch und Schaper im polnisch-jüdischen Dialekt.

Aus Amerika. Die Raifeier in der Union ist, soweit Berichte vorliegen, unter lebhafterer Beteiligung als in früheren Jahren begangen worden.

Am 4. Mai waren es 10 Jahre, daß in Chicago auf dem Heumarkt das bekannte Bombenattentat verübt wurde.

Der Parteigenosse Forster, der auf einer Agitationstour durch die Union begriffen ist, hat in Cincinnati erreicht, daß sich dort die bisher unabhängige sozialistische Organisation der Partei angeschlossen hat.

In Fortaleza, einer ca. 45 000 Einwohner zählenden, direkt am Atlantischen Ozean liegenden Stadt der nordbrasilianischen Provinz Ceara, besteht seit 15. Juni 1890 ein sozialdemokratischer Klub.

Totenliste der Partei. Ein tragisches Geschick hat am Montag einen unserer wackeren Mitkämpfer ereilt. Genosse Großmann aus Pieschen bei Dresden ist auf einem Bau, wo er den ersten Tag als Maurerpoller beschäftigt war, von einem niederstürzenden Gerüst mit 25 Zentnern Ziegellast erschlagen worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Verbreitung von Wahl-Flugblättern wurde entgegen der Bestimmung des § 48 der Gewerbe-Ordnung in Halle a. S. ein Genosse fikt.

Groben Unfug soll das „Volksblatt für Halle und den Saalkreis“ verübt haben durch die vor mehreren Wochen veröffentlichte Notiz über den Landarbeiterinnen-Streik im benachbarten Oppin.

Der Staatsanwalt Schubert hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Thür. Tribüne“, Genossen Biertelars, Strafantrag gestellt, weil er sich durch zwei Artikel der „Tribüne“ beleidigt fühlt, welche in Abwech von Angriffen, welche derselbe Staatsanwalt gegen dieses Blatt gerichtet, geschrieben waren.

Wegen gemeinsamer Ausreizung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam wurden am 2. d. Mts. vom Amtsgericht Sondershausen die Genossen Wilhelm Retzold aus Greußen zu vier Monaten und Albert Voigt zu sechs Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

Dem Redakteur der „Oberkränischen Volkszeitung“ Genosse Geißler in Hof wurden 40 M. Geldstrafe jubiziert, weil er durch eine Kritik der Arbeitsverhältnisse der mechanischen Weberei des Reichstags-Abgeordneten Herrn Walter Minckertzer dessen Direktor und Leiter des Betriebes beleidigt haben sollte.

Hjelmar Branting, der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, der nach seiner ersten Raifeier im vorigen Jahre wegen „Ausreizung gegen altliche Gesetze“ angeklagt wurde und vom Untergerichte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, ist nun in höchster Instanz statt dessen zur Zahlung einer Buße von 500 Kr. verurteilt worden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Bordeaux, 9. Juni. (W. Z. B.) Der schwedische Dreimaster „Azel Wasse“ hatte am 5. d. M. an der spanischen Küste einen Zusammenstoß mit dem belgischen Dampfer „Princesse Clementine“, welcher auf der Fahrt von Genoa über Livorno nach Antwerpen begriffen war.

London, 9. Juni. (W. Z. B.) Aus Dublin wird gemeldet, daß die Geheimpolizei in dieser Stadt das Befehlen eines Anarchistenklubs entdeckt hat.

Wendig, 9. Juni. (W. Z. B.) Die „Gazetta di Venezia“ meldet, ist ein hoher Funktionär des Schatzministeriums nach Verübung großer Veruntreuungen geflüchtet.

## Reichstag.

100. Sitzung vom 9. Juni 1896. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher.  
Auf dem Tische des Präsidenten prangt ein Blumenstrauß in einer Vase, welche in weißen Blumen die Zahl „100“ trägt.  
Präsident v. Buns: Ich danke für den mir vom Bureau gewidmeten Strauß und nehme denselben als Hüter und Bewahrer entgegen; ich widme ihn aber meinerseits dem Hause und den Mitgliedern des Bundesrats, welche uns bei unserer Arbeit unterstützen haben. (Lebhafteste Zustimmung.)

Die dritte Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung, und zwar die Generaldebatte, wird fortgesetzt.

Abg. Vachnide (fr. Bg.): Die gestrige Rede des Prinzen Hohenlohe war das schärfste Verdict gegen die Vorlage, das umsonst Bedeutung hat, als der Redner durch seine Verwandtschaft der leitenden Stelle im Reich sehr nahe steht. Herr v. Bötticher lehnte in bezeichnender Weise die Urheberhaftigkeit für die Vorlage ab. Von allen Anträgen ist allein der berechtigt, welcher die Regierung auffordert, eine Untersuchung darüber anzustellen, was denn eigentlich an dem Detailreisen schädlich sei. Daß der Wein vom Detailreisenden angepriesen werden, nicht aber die Zigarre, welche den Genuß des Weines noch erhöht? Daß die Nähmaschine auf diese Weise vertrieben werden, nicht aber der Nock, der damit angefertigt wird? Es giebt auch Jämsler und Agrarier unter den Kaufleuten. Der Apotheker hat den Drognisten, der feibaste Gärtner den Stiegen. Aber zahlen nicht alle dem Staate Steuern und haben die gleichen Rechte? Seit der zweiten Lesung haben sich die Kaufleute und Gewerbetreibenden in großen Scharen gemeldet und protestiert gegen den Artikel 8, der ihnen das Leben erschwert, namentlich den Kleinen, denen es nicht möglich sein wird, das Gesetz zu umgehen. Ausnahmen sind gemacht worden für den Buchhandel und für die Weinindustrie, weil sie es verstanden haben, ihre Verluste möglichst klar zu schildern und einige Abgeordneten für sich zu gewinnen. Sind aber andere Industrien weniger werth als der Buchhandel und die Weinindustrie? Redner empfiehlt daher die Ablehnung der Vorlage, speziell des Art. 8.

Abg. Jacobstötter (L.): Die Klagen über das Detailreisen kommen nicht aus den großen Städten, sondern aus den kleineren Ortschaften, die mit den Detailreisenden überflutet werden. Das Detailreisen fürchten wir nicht, das haben wir deutlich genug gezeigt. Die Gegner des Detailreisens sind durchaus nicht Krämer. Daß Handwerker sich auf das Detailreisen werfen, kommt vor; aber das sind gewöhnlich nicht die tüchtigsten, sondern die ausdringlichsten; denn es ist nicht jedem gegeben, seine Waaren anzupreisen, dazu gehört eine besondere Natur. Allerdings sind nach der zweiten Lesung 77 Petitionen gegen die Vorlage eingegangen, aber fast nur von Interessentenkreisen, die wenig davon berührt werden, z. B. von den Schneidermeistern, die durchaus nicht in ihrem Geschäftsbetriebe gestört werden. Liebesgaben wollen die Handwerker und Geschäftsleute nicht haben, sondern eine bessere Ordnung an Stelle der zur Gewerbefreiheit angeordneten Gewerbesteuer. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stamm (Rp.): Der Standpunkt des Prinzen Hohenlohe würde zur Ablehnung der ganzen Vorlage führen müssen. Aber die Mehrheit des Reichstags sieht wohl auch heute noch auf dem Standpunkt, daß den Schwächeren von Seiten des Staates geholfen werden soll. Der Staatssekretär v. Bötticher hat vollständig recht, daß die Mehrheit des Reichstages diese Vorlage der Regierung abgerungen hat. Die Kleinen Detailgeschäfte werden geführt von den Personen, welche für die schwere körperliche Arbeit nicht kräftig genug sind. Diese Krämer haben vielfach die Unterstützung der Handelskammern gefunden. Ein absolutes Verbot des Detailreisens ist von keiner Seite verlangt worden. Die Regierungsvorlage wollte ein Verbot mit Ausnahmen; dadurch würden diejenigen Industrien, welche unter die Ausnahmen fallen, besonders begünstigt werden. Wenn der Antrag Richter angenommen würde, der alle Ausnahmen, die von verschiedenen Seiten beantragt werden, zusammenfaßt, was würde dann noch übrig bleiben von einem Verbot? Ein anderer Weg ist der, das Verbot des Detailreisens nur da zu durchbrechen, wo der Konsument, der Kunde den Besuch des Detailreisenden selbst wünscht. Dahin geht unser Antrag zu Artikel 8, der keinen Gewerbebesitz vor den anderen begünstigt. Der Antrag Haffe ist aber durchaus unannehmbar. Wenn beim Detailreisen Auswüchse entstehen, so müssen sie beseitigt werden; man kann aber nicht das Detailreisen im Prinzip zulassen und dem Bundesrat die Pflicht auferlegen, seinerseits an die Stelle der Gesetzgebung zu treten und das Detailreisen in einzelnen Fällen zu verbieten.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schirer: Schon 1882 waren die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit dafür, daß eine solche Bestimmung gegen das Detailreisen aufgenommen werden sollte in die Gewerbeordnung. Von einem unbedingten Verbot des Detailreisens ist überhaupt keine Rede. Das Detailreisen ist nach wie vor gestattet, nur sollen die Detailreisenden nicht das Privileg haben, von den Steuern befreit zu sein, welche die Hausierer bezahlen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Die Hausierer sind darum steuerlich so belastet, weil man aus politischen Gründen den Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht begünstigen will. Wenn man in Erwägung zieht, was der Detailreisende an Steuern spart gegenüber dem Hausierer, so wird man sich sehr fragen müssen, ob das ökonomisch begründet ist. Daß der Bundesrat sich selbst Ausnahmen zu machen vorbehält, ist kein Widerspruch gegen das Prinzip; der Bundesrat erkennt nur an, daß für einzelne Industriezweige Ausnahmen gemacht werden müssen. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, der sich aber der Bundesrat unterziehen muß.

Abg. Richter: Das Handwerk ist durchaus nicht ruiniert. Es leistet mehr als früher, und wenn Sie es nicht glauben wollen, dann gehen Sie in die Berliner Gewerbe-Ausstellung. Da werden Sie Abbitte thun müssen für die Klagen gegen die Gewerbefreiheit und gegen die ganze Kulturentwicklung. Die feibastesten Kaufleute sind durchaus nicht Gegner des Hausierens und des Detailreisens; denn viele dieser Kaufleute sind aus dem Stände der Hausierer und Detailreisenden hervorgegangen. Es wird gelugnet, daß das Detailreisen verboten sei; es wird nur dem Hausierer gleichgestellt. Das ist eben das Unrecht, das man verschiedene Geschäfte einander gleichstellt. Der Hausierer steht die von ihm angeführte Waare ab; der Käufer hat das Risiko, nachdem er bar bezahlt hat. Der Detailreisende aber erhält nicht sofort das Geld, die Waare wird später geliefert und kann daher von dem Kunden, wenn sie nicht paßt, zurückgewiesen werden. Das Hausieren ist erschwert und soll noch mehr erschwert werden, und unter diese schweren Bestimmungen möchte man auch das Detailreisen stellen; dadurch wird es hauptsächlich unmöglich gemacht. Die Petitionen, welche seit der zweiten Lesung beigebracht sind, enthalten eine Fülle sachlichen Materials; sie zeigen, daß zwischen Hausierern und Detailreisenden ein großer Unterschied besteht. Auf diese Einzelausführungen haben die Freunde des Verbots des Detailreisens gar nichts Sachliches zu erwidern; sie berufen sich immer nur auf die Petition des großen Senators von Gihorn. Von Herrn v. Bötticher habe ich den Eindruck, daß er seit Empfang der Reputation, die bei ihm war, eine etwas andere Kenntnis von der Sachlage hat,

als vorher, daß er jetzt mehr als früher anerkennt, daß es unter den Detailreisenden nützliche Elemente giebt. Warum soll nicht durch eine Enquete noch genauere Aufklärung geschafft werden, ehe der Reichstag die Frage entscheidet? Warum soll der Bundesrat allein entscheiden ohne Zustimmung des Reichstages? Die Ausarbeitung eines Gesetzes ist doch schließlich nicht schwieriger als die Ausarbeitung einer Verordnung. Das Nutzen nach Staatshilfe, die Sucht, die Konkurrenten durch staatliche Hilfe zu beseitigen, das ist das Zeichen der Zeit. Der Reichskanzler hat nicht Strömungen und Mehrheitsbeschlässe, die seiner Ueberzeugung widersprechen, zu folgen. Wenn er ein Gesetz nicht billigt, darf er es nicht unterzeichnen, sondern muß der Mehrheit überlassen, den Reichskanzler zu stellen, welcher dafür die Verantwortung übernimmt. Denn eine Genehmigung eines Gesetzes, welches er nicht billigt, würde Verwirrung stiften und das Ansehen der Regierung schädigen. (Sehr richtig! links.) Eine Untersuchung über diese Frage würde an der Hand der Petitionen sehr schnell angefaßt werden können. Die Detailreisenden verbreiten Waaren, welche nicht überall verkauft werden, die also z. B. die Landleute infolge der Sonntagsruhe nicht mehr selbst in den städtischen Geschäften kaufen können. Der Detailreisende, der Sachen nach Maß liefert, wird vom Handwerker auch verwendet. Wenn ein Schneider in der Kurfürststraße, die auf der einen Seite zu Berlin und auf der anderen zu Charlottenburg gehört, über die Straße geht zu Kunden, ohne bestellt zu sein, verfährt er der Strafe. Wenn ein Schneider aus Berlin, der in Charlottenburg einen Kunden hat, diesen auf Bestellung besucht und dabei zu gleicher Zeit einen anderen Kunden besucht, der ihn nicht bestellt hat, so muß man ihn warnen, namentlich vor dem Schneider, der vielleicht in denselben Hause wohnt und der genau aufpaßt. (Heiterkeit.) Bei näherer Untersuchung wird es sich zeigen, daß ein großer Theil des Detailreisens gar nicht Frage des Streites sein kann. Man sagt: das Detailreisen soll das stehende Gewerbe nicht schädigen. Ich meine: das Detailreisen darf nur verboten werden, soweit es das Publikum schädigt. Dem feibastesten Geschäftsmann soll ein Schutz gegeben werden. Aber bezieht der feibaste Geschäftsmann denn seine Waaren nur von den an seinem Orte vorhandenen Produzenten? Warum will man dem Publikum nicht dieselbe Freiheit gewähren wie dem Geschäftsmann, seine Waaren zu beziehen, wo sie am billigsten sind. Herr v. Stamm und Herr Schäfer haben die Bestimmung angenommen, daß die vorgängige Aufforderung oder Bestellung notwendig sei für den Detailreisenden. Herr Schäfer betrachtete das als eine Abmilderung. Herr v. Stamm als eine Verschärfung. (Widerspruch des Abg. v. Stamm.) Sie sehen, selbst mir wird es nicht leicht zu unterscheiden die Auslegung der beiden Antragsteller (Große Heiterkeit); wie soll es erst den armen Detailreisenden gehen! (Heiterkeit.) Wenn ich einen Detailreisenden erst einladen soll, dann bin ich dem Detailreisenden gegenüber in einer viel weniger freien Lage; wenn er mich unaufgefordert besucht, kann ich eher sagen: bedauere sehr, ich habe nichts zu bestellen. Eine schriftliche Aufforderung ist nicht nötig. Soll er sich die mündliche Aufforderung erst eine halbe Stunde vorher abholen? Jeder Geschäftsreisende, der nicht in einem Geschäftsräume eintritt, wird der Polizei verdächtig sein, und die Polizei wird davon so in Anspruch genommen, daß die Spießbuben um so freieres Feld haben werden. (Heiterkeit.) Die ganze Vorlage führt nur eine Unsumme von Scherereien und eine Fülle von gehässigen Denunziationen mit sich, und so sind Sie unter dem Banner von Wahrheit, Freiheit und Recht, als Freunde des Mittelstandes auf dem besten Wege, eine willkürliche Polizeiwirtschaft herbeizuführen. (Beifall links.)

Abg. Gräfe (Reform-P.) tritt für die Vorlage ein. Der Staat soll den Schwachen zu Hilfe kommen und wir sind der Meinung, daß noch vieles gerettet werden kann, sonst bleiben nur wenige Großkapitalisten übrig, mit denen die Sozialisten schnell aufräumen können. Es ist gut, daß der Reichskanzlerposten nicht erblich ist, sonst würden wir sehr schlecht fahren; ich erinnere nur an den höhnischen Scherz des Prinzen Hohenlohe, daß wir ja mit solchen Einschränkungen warten könnten bis zum sozialistischen Zukunftsstaat. Das Urtheil der „Freisinnigen Ztg.“ über diese Rede ist treffend: Die Rede konnte von freisinniger Seite nicht besser gehalten werden. Prinz Hohenlohe hätte seine warnende Stimme bei der Bäderverordnung erheben sollen; vielleicht erhebt er sie bei der Verordnung über den Nachtrags-Lodenschluß. Wir können Gott danken, daß für die Handwerker gesorgt wird. Allen Respekt vor der Berliner Gewerbe-Ausstellung; aber sie ist nicht zu stande gekommen durch den Gewerbebesitz der Handwerker, sondern des Großkapitals. Aufschrei der Schädigung durch die Sonntagsruhe, der Belastung durch die soziale Gesetzgebung ist es dringend notwendig, den Mittelstand in zwölf Stunden zu schützen und ihn zu erhalten als einen zuverlässigen Baustein für Christenthum, Vaterland und Monarchie. (Zustimmung rechts.)

Abg. Hahn: Die Klassenschilderungen des Herrn Richter treffen durchaus nicht zu. Allerdings sind verschiedene Geschäftszweige jezt der Meinung, daß das Detailreisen beschränkt werden müsse; sie sind durch die großen Geschäfte dazu gedrängt worden. Aber im sozialpolitischen Interesse muß das Detailreisen beseitigt werden, im Interesse der jungen Leute selbst und im Interesse der kleineren Städte, deren Gewerbetreibenden geschädigt werden.

Damit schließt die Generaldiskussion. Artikel 1, welcher einen Zusatz zu § 30 der Gewerbeordnung betreffend die Konzessionierung von Krankenanstalten enthält, wird ohne Debatte genehmigt.

Art. 2 betrifft die Konzessionierung von Theaterunternehmungen, insbesondere die Schaffung finanzieller Garantien.

Abg. Vech (fr. Bg.), von lauten Rufen des Unwillens empfangen, als er die Rednertribüne betritt, spricht sich gegen Art. 2 aus, gegen welchen dasselbe gelte, was Prinz Hohenlohe gegen Art. 8 vorgebracht habe.

Abg. Förster-Reustettin (Reform-P.) führt aus, daß nach der Meinung eines berühmten Schauspielers der Artikel 2 ein kleines Palliativmittel enthält. Damit könne man sich vorläufig begnügen. Aber das Agentenwesen auf dem Gebiete des Theaters erfordert eine eingehende Reuegestaltung.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Wädde empfiehlt die Annahme des Artikels 2, weil dadurch eine kleine Besserung für die Schauspieler geschaffen wird, insofern als der Theaterunternehmer sein Unternehmen nicht willkürlich verändern kann, ohne eine neue Genehmigung nachzusuchen.

Artikel 2 wird darauf genehmigt.  
Um 5¼ Uhr wird die weitere Beratung bis Mittwoch 2 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

„Weßhalb habt Ihr mit „uns“ keinen Pferdehandel abgeschlossen? Wir hätten ja bessere Preise geboten. Wir sind noch immer gern bereit, schlagen Sie noch jetzt ein, es ist noch Zeit.“ Das war der langen Reden kurzer Sinn, mit denen in der Donnerstags-Sitzung die konservativen Mitglieder der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch drei Stunden lang das Zentrum apostrophirten. Graf v. Reon, Herr v. Salich und Herr Hünburg machten die lebhaftesten

Versuche, das Zentrum zur Einführung der von konservativer Seite vorgeschlagenen fakultativen Zivilehe ungunstigen. Ihre Versuche schlugen fehl. „Was könnt Ihr arme Teufel von der konservativen Partei ohne Unterstützung der Regierungen bieten“, wie weit entfernt seid Ihr Konservative von der Erkenntnis dessen, was man religiöse Gewissensfreiheit und was selbständige religiöse Gemeinschaft ist“, so klang es aus der Antwort des Zentrums zurück. Damit der für die Sozialdemokraten und freisinnigen Partei recht löbliche Handel auch des humoristischen Weizsachmanns nicht entbehre, schmetterte Herr Reon (Antisemit) noch einige durch ihre Hohlheit sich über Gebühr auszeichnende Wortzusammenstellungen heraus, deren Sinn (sein Fraktionsgenosse Förster hatte im Plenum für die obligatorische Ehe sich ausgesprochen und sein Fraktionsgenosse Vielhaben in der Kommission für die Zivilehe gestimmt) dahin gehen sollte, daß er das christliche Deutschland vertritt, der Zivilehe den Kehraus zu machen, mindestens die Fakultativ durchzusetzen sich kräftig und mächtig fühle. Er würde, falls die Kommission sich nicht noch befenne, mit seinen Freunden gegen das Bürgerliche Gesetzbuch stimmen, wenn seine parlamentarische Befähigung, Auszahlung zu beantragen, nicht schon vordem den Reichstag müde gemacht hätte. Fröhme erklärte, daß er für die Ultramontanen Anträge, die wir gestern mitgeteilt haben, stimmen wird; nach diesen Anträgen wird die obligatorische Zivilehe unter dem Namen „bürgerliche Ehe“ aufrecht erhalten, dem Prinzip der Gewissensfreiheit entspreche es, im übrigen jedem zu überlassen, welche Formlichkeiten er sonst noch vornehmen wolle. Die Anträge des Zentrums wurden dann mit allen gegen die 4 Stimmen der Konservativen und des Antisemiten angenommen. Herr Reon verließ dann die Kommission. Der Rest der Sitzung wurde mit der Debatte über Anträge, betreffend Aenderungen des Eheschließungs- und des Ehescheidungsrechts ausgefüllt. Leider wurden sämtliche Anträge abgelehnt. Hervorzuheben sind folgende Anträge: Fröhme und Stadthagen beantragten, die Einwilligung der Eltern zur Eheschließung nicht wie nach dem Entwurf bis zum zurückgelegten 25., sondern nur bis zum zurückgelegten 21. Lebensjahr stattfinden zu lassen. Der Antrag fiel mit 7 (Sozialdemokraten, Freisinn und einigen Ultramontanen) gegen 8 Stimmen. Der Antrag unserer Genossen, folgenden Ehescheidungsgrund einzuschalten, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und zwei Sozialdemokraten abgelehnt: „Ein Ehegatte kann auf Ehescheidung klagen, wenn nach seiner Ueberzeugung (eventuell nach Ueberzeugung beider Ehegatten) eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses vorliegt, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemuthet werden kann.“ Mit gleichviel Stimmen wurden auch von freisinniger Seite aus Erleichterung der Ehescheidung gerichtete Anträge abgelehnt. Der Antrag, die Bestimmung der Regierungsvorlage wiederherzustellen, wenigstens für die Fälle absolut unheilbaren und offensanden Wahnsinns die Schreibung zuzulassen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen (Freisinnige, Nationalliberale, Sozial.) abgelehnt. Am Mittwoch gelangen zunächst die Anträge unserer Genossen, betr. die Rechte der unehelichen Kinder, zur Debatte, sodann das Einführungs-gesetz. Am Donnerstag wird die Kommission ihre Arbeiten voranschreitlich schließen. Es soll dann Ende nächster Woche die Plenarberatung beginnen.

## Tokales.

Die Errichtung von öffentlichen Leshallen ist in der gestrigen Sitzung der städtischen Kommission für die Verwaltung der öffentlichen Volksbibliotheken zum Beschluß erhoben worden. Vorläufig hat die Kommission die Errichtung von etwa vier oder fünf derartigen Instituten ins Auge gefaßt.

Die Polizei des Staates der Sozialreform ist geradezu unermüdlich darin, angeichts der Verpfechtungen des kaiserlichen Erlasses vom Februar 1890 den Arbeitern in der Wahrnehmung ihrer Interessen dienlich zu sein. Am Montag Morgen verbreitete ein Parteigenosse vor der Firma Engel und Hegenwald Einladungen zu Versammlungen. Bislang war kein Polizeibeamter auf den Gedanken gekommen, daß derartige den Gesetzen des Staates der Sozialreform zuwider sei; am Montag aber geboten die Organe der Polizei in der Zahl von drei uniformirten und drei nicht uniformirten Beamten dem Rettelverbreiter zunächst, sich auf den Straßendamm zu begeben. Bald darauf erschien der Fabrikant Hegenwald. Der Herr hat sich einen der Zettel aus und schimpfte den Verteiler dann in der Sprechweise der Gebildeten als Aufwiegler, der sich wegschereen möge. Indessen war auch wieder ein Beamter herangeritten, der darauf den Namen des Zettelvertheilers notirte und ihm dann die fernere Verbreitung der Versammlungseinladungen mit der Motivierung verbot, daß der Inhalt die öffentliche Verbreitung nicht zulasse.

Gegenüber den Mittheilungen der Magistrats-Diffarbeiter, ihre Lohnverhältnisse betreffend, wird von Seiten des Magistrats gemeldet, daß die Gehaltszahlung an die Hilfsarbeiter bis zum 31. Dezember v. J. allerdings am Ultimo erfolgt sei, und zwar gegen Präsentation einer Bescheinigung, in welcher dem Vorgesetzten schon am 25. des Monats amtlich attestiert wurde, daß derselbe bis zum Ultimo beschäftigt gewesen. Diese zweifellos inkorrekte Praxis sei nun, da die Magistratskasse am Monatschluß ohnehin stark belastet wäre, dahin abgeändert, daß jener Bescheinigungs-Nachweis am 20. ausgestellt werden und die Gehaltszahlung am 25. jeden Monats erfolgen müßte. Danach erhielten die Hilfsarbeiter ihr Gehalt pro Januar dieses Jahres am 25. Januar, also fünf Tage früher als sonst, und zwar für die Zeit vom 1. bis 20. Januar; am 25. Februar das Gehalt für die Zeit vom 21. bis 31. Januar und vom 1. bis 20. Februar; am 25. März das Gehalt für 20. Februar bis 20. März und so fort. Von einer „Vorenthaltung“ eines Drittels des Gehalts könne somit keine Rede sein.

Die Verhandlungen der Stadt mit der Pferdebahn-Gesellschaft nehmen, wie einige Blätter wissen wollen, einen günstigen Verlauf. Es ist die beste Aussicht vorhanden, daß die Vereinbarung so ausfallen werde, wie wir schon vor längerer Zeit mitzutheilen in der Lage waren. Die Hauptsache ist: Umwandlung des Pferdebetriebes in den elektrischen und Einführung des Zehnpiennigtarifs. Namentlich der Polizeipräsident soll sehr für diese Aenderungen eintreten.

Eine neue Pferdebahnlinie will die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft vom Halleschen Thor durch die Blücherstraße und die Straße „Hafenstraße“ über den Germania-Platz bis zum Ringbahnhof „Kixdorf“ einrichten.

Das Feilhalten von Obst betreffend ordnet der Polizeipräsident an: Um die aus dem Genuße anreisen und verdorbenen Obstes entstehenden Gesundheitschädigungen zu verhüten und den Obsthändlern Weiterungen zu ersparen, weise ich darauf hin, daß unter der Bezeichnung Obst (Kirschen, Stachelbeeren u. dergl.) nur die zum sofortigen Konsum geeignete reife und frische Waare feilgehalten und verkauft werden darf und daß unreifes oder überreifes Obst von dem reifen gesondert und besonders bezeichnet werden muß.

**Altenstudien im Pferdebahnhofen** kann man in Berlin häufiger beobachten. So besand sich, wie uns ein Bericht erstatter meldet, auch am Montag Nachmittag gegen 2 Uhr ansehnend ein junger Jurist im Pferdebahnhofen der Straße Vühowplatz-Schloßplatz mit einem dicken Altkleid, in das er sich wohl sehr vertieft haben mußte, jedoch er weder bemerkte, daß ein neben ihm stehender älterer Herr Blatt für Blatt mitlas, noch daß eine rechts von ihm stehende Dame mitunter einen verflochtenen Blick auf das unzuverlässige „interessante“ Protokoll warf. Der Berichterstatter selbst, welcher Anhalt- und Wilhelmstraßen-Gasse den Wagen bestieg, konnte vom Hinterperon des Wagens aus beim Zuzulassen des Volumens deutlich auf dem Altgedeckel links oben die Worte „Landgericht“ und darunter „Eheklage“ lesen. Man sollte derartige distrete Sachen nicht gar so sehr zur Schau stellen.

**Im Passage-Panoptikum** sind die Dahomeer-Amazonen wieder eingezogen. Im Reiche des nimmer ja wohl zu seinen Vätern versammelten Königs Behanzin schüßt bekanntlich das schöne Geschlecht den Tyrann gegen äußere und innere Feinde so erfolgreich, daß seine schwarze Majestät vor einiger Zeit ruhig eine Musterparade seiner Leibtruppen nach Berlin ablassen konnte. Die Bewunderung, welche die Damen hier bei ihrem früheren Auftreten erregten, reizte ihren Ehrgeiz derart, daß sie dann im Siegeszuge Kupland durchzogen, von wo sie reich mit Vorbeeren beladen nunmehr wieder an die Stelle ihres einstigen Wirkens zurückgekehrt sind. Zwar ist nicht allen das Heil widerfahren, sich hier im Glanze des Ausstellungstrubels sonnen zu dürfen. Es wird ein wahres Nibelungenlied von Abenteuern gemeldet, das diejenigen, welche die Sehnacht unterwegs ins schwarze Afrika zurücktrieb, erlebt haben. Sind doch, wie berichtet wird, einige der Damen gar den Feldentod gestorben; und die Tücken im europäischen Theile der Armee wurden so groß, daß direkt von Afrika her Ersatztruppen nach Berlin kommen mußten. Doch der nach Europa delegierte Theil der Dahomeer'schen Vaterlands-Verteidigerinnen ist nunmehr wieder komplett, und man darf wohl hoffen, daß in dem wilden Kriegeslauge, den die afrikanischen Amazonen fortan wieder zum besten geben, so leicht keine schöne Feldenslange brechen wird. Sind die Kriegerinnen doch im Grunde ihres Herzens gar nicht so wild, als sie vor dem lieben Publikum im Eifer des Gefechts meistens thun!

Eine derbe, aber verdiente Lektion wurde am Montag Nachmittag einem „Mädchenjäger“ erteilt, der in frecher Weise in der Schlesischen Straße eine junge, anständige Dame belästigte. Da der Aufdringliche trotz der abweisenden Haltung der Dame seine Ungezogenheiten fortsetzte, verfehlte ihm dieselbe, als er sogar seinen Arm um ihre Taille legte, mit ihrem Schirme einige so schnelle und derbe Hiebe, daß er erschrocken zurücktaumelte, dann aber mit seinem Stock die Schläge erwidern wollte. Die resolute, übrigens garnicht kräftig aussehende Dame ließ aber dem Hinfälligen so rasch eine zweite Züchtigung angedeihen, daß die zu ihrer Hilfe herbeieilenden Personen nicht mehr nöthig hatten, einzuschreiten. Der so schmachvoll abgebligte Don Juan stieg eilig in eine Droschke und verduftete unter den höhnischen Zurufen und dem Gelächter des Publikums.

**Au der Berliner Gewerbe-Ausstellung** arbeiten seit einiger Zeit auch Straßensänger mit. Die Motorboot-Gesellschaft muß, um ein bequemes Anlegen zu ermöglichen, erhebliche Ausbaggerungen am Spree-Ufer vornehmen lassen. Dazu ist eine Kolonne von Straßengefangenen des Hilfsgefangnisses in Nimmelsburg gemietet worden. Diese Leute werden früh und abends mit Booten vom Gefängnisse zur Ausstellung und zurück gefahren. Ihr trodenes Brot nehmen sie in einem Froragebente mit Wasser giebt es an Ort und Stelle. Die Morgen- und Abendkost wird im Gefängnisse selbst eingenommen und die Mittagkost wird ebenfalls durch ein Boot an die Arbeitsstätte befördert. „Freie“ Arbeiter giebt es wohl nicht, oder sind diese der Motorboot-Gesellschaft zu theuer?

**Ein schwunghafter Handel mit gestohlenen Ausstellungsbillets** betrieben am Sonntag Nachmittag in Weihensee drei Knaben auf dem dortigen Wochenmarkt. Ein auf sie aufmerksam gemachter Gendarm nahm die Buschen in Verdacht und stellte fest, daß sie ein in der Sedanstraße wartender Mann zu dem Verkauf der Billets veranlaßt hatte. Der Betreffende wurde ermittelt und gefaßt, daß er an der Ausstellungskasse mit zwei Komplizen 625 Billets gestohlen hatte.

**Ein Wunderdoktor.** Der Polizeipräsident erläßt folgende Warnung: Der Reisende Eduard Damp, hier, Heinersdorferstraße 12, 1. Tr., wohnhaft, der sich auch fälschlich als Schiffsoffizier a. D. bezeichnet, er bietet sich in Kannonen und in einer von ihm verfaßten Broschüre: „Wie ich von meinem langjährigen Lungen- und Kehlkopfleidn geheilt bin“, zur Vornahme von Kuren. p. Damp, der nicht die geringste Vorbildung für die ärztliche Kunst genossen hat, verabsolgt seinen Patienten Leinsamentthee und Spartiumthee. Die Untersuchungen haben ergeben, daß der Spartiumthee ein heftig wirkendes Purgiermittel enthält, daß die zum Preise von 12,80 M. abgegebenen Mittel einen Werth von höchstens 1,50 M. besitzen, und daß die genannte Broschüre völlig werthlos ist. Ich warne daher dringend, sich in Krankheitsfällen an den p. Damp, zu wenden.“

**Im Dienste** ist am Montag der 49jährige Weichenfelder Friedrich Schmidt aus Dobrilugk zum Krähnel gefahren worden. Schmidt hatte dort auf dem Bahnhofe für einen Rangier der Weiche zu stellen und achtete nicht auf seine Umgebung. Unversehens wurde er von einer anderen Rangiermaschine gefaßt und überfahren. Der Verunglückte wurde mit zertrümmertem Unterschenkel in ein Berliner Krankenhaus gebracht und liegt hier schwer danieder.

**Polizeilich verhindert** wurde Montag Nachmittag das Ausruhen von Extrablättern, die unter der grüseligen Spitzmarke „Ein blutiges Familien-drama“ ausgebrüllt wurden. Das „Allerneueste“, das fast wörtlich den Montagblättern entnommen war, stammt aus der berüchtigten Extrablattfabrik von Jd. Wegener, Friedrichstr. 250. Mehrfach wurden auch Eistimmungen von Händlern vorgenommen.

**Ein Baunfall** hat sich Dienstag morgens um 9 Uhr in der Schönbauer Allee zugetragen. Dort ließ der 20jährige Arbeiter Oscar Bilas aus der Sophie-Charlottenstraße zu Charlottenburg aus der Höhe des dritten Stockwerks herab und wurde am Kopfe und innerlich so schwer verletzt, daß man ihn, nachdem er auf der nächsten Unfallstation einen Rothverband erhalten hatte, in ein Krankenhaus bringen ließ.

**Selbstmordversuch.** In einem Gasthause in der Invalidenstraße veruchte sich Montag Vormittag der 20jährige Agent Ernst Baumbach aus Schöneberg durch einen Schuß in den Kopf zu tödten. Er wurde schwer verletzt, aber noch lebend, mittels Krankenwagens nach der Charitee gebracht. Die Veranlassung zu der That konnte noch nicht festgestellt werden.

**Auf dem Anhalter Bahnhof** warf sich Montag Abend gegen 10 Uhr ein dem Arbeiterstande angehöriger junger Mann plötzlich zwischen die Wagen eines langsam fahrenden Zuges. Er wurde auf der Stelle getödtet. Die Leiche wurde nach dem Schanhanse gebracht.

**Vor der Saffabriek** von Panitz in der Landwehrstraße 11, deren Arbeiter sich bekanntlich im Auslande befinden, sammelten sich, wie polizei-offiziös gemeldet wird, mehrere Arbeiter an. Die Aufforderung des dort angestellten Schutzmannes zum Weitergehen beantwortete einer von ihnen, der Arbeiter Paul Falkenberg, mit „höhnischen“ und „beleidigenden“ Reden und leistete bei seiner Festnahme so heftigen Widerstand, daß der Beamte zur Waffe greifen mußte, ohne ihn jedoch zu verletzen. Falken-

hahn wurde zur Wache gebracht. Nachdem er von dort entlassen worden war, stürzte er sich von der Kurfürstenbrücke in die Spree. Er wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht.

**Aus Anlaß eines ehelichen Zwistes** drang gestern Abend vor dem Hause Landbergerstr. 12 der 30jährige Arbeiter Otto Freige mit einem Taschmesser auf seine Frau ein und verletzte sie so schwer am Halse, daß sie nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. F. wurde verhaftet.

**Ertrunken.** Im Laufe des Montag Nachmittag stürzte an der Schönberger Brücke der sechsjährige Sohn des Hotelportiers Meddening von der Landungsbrücke in den Landwehrkanal und ertrank; die von der nahen Feuerwache herbeigerufenen Feuerwehrmänner verunmochten nur noch die Leiche herauszuziehen. — Auf dieselbe Weise büßte der 17jährige Sohn des Schlossers Tomaszewski sein Leben ein, indem er am Gröben-Ufer in die Spree fiel. Die Leiche wurde von einem dort liegenden Schiffer geborgen.

#### Witterungsübersicht vom 9. Juni 1896.

Stationen.	Barometer-Höhe in mm. reduziert auf d. Meeresesh.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (99° F.)
Swinemünde	757	NO	2	heiter	20
Hamburg	755	O	2	heiter	20
Berlin	755	O	4	heiter	21
Wiesbaden	750	NO	2	bedeckt	20
München	752	SO	5	wolkig	19
Wien	755	SO	2	wolklos	16
Saparanda	761	NO	2	bedeckt	10
Petersburg	761	WSW	0	bedeckt	18
Cort	753	SW	3	heiter	15
Aberdeen	756	SO	1	bedeckt	11
Paris	748	SO	4	bedeckt	15

#### Wetter-Prognose für Mittwoch, den 10. Juni 1896.

Zunächst sehr warmes, vorwiegend trübes Wetter mit Gewitterregen und frischen nordöstlichen Winden; nachher kühler. Berliner Wetterbureau.

### Gewerbe-Ausstellung 1896.

**Herrn Abraham's „Volksernährungs“-Ausstellung** ist unverdienterweise angegriffen worden, — so steht es zu lesen in einer jetzt veröffentlichten Erklärung des das Unternehmen leitenden Komitees, die alle Angriffe der letzten Wochen als gehässige Verdächtigungen, Lügen und Verleumdungen hinstellt. Dreierlei war dem Unternehmen, insbesondere dem Geschäftsführer und Komitee-Vorsitzenden Herrn A., vorgeworfen worden: Unsauberkeit, Beschlagnahme einer Sendung verdorbenen Fleisches, Täuschung des Publikums durch theilweise Abwägung der Kosten des Unternehmens auf die Lieferanten. Unsauberkeit hat das Komitee trotz „gründlichster Ermittlungen“ nicht zu entdecken vermocht, die Küche sei vielmehr „eine Musterstätte der Sauberkeit und peinlichster Ordnung“. Leider beziehen sich die Ermittlungen auf die Zeit nach dem Auftreten der Klagen über Unsauberkeit. Die Verantwortlichkeit für die Beschaffenheit des beschlagnahmten Fleisches wird in der Erklärung allein dem Lieferanten aufgebürdet, der für 35 Pf. pro Pfund Rindfleisch und 40 Pf. pro Pfund Kalbfleisch gute Waare zu liefern versprochen habe und die ersten beiden Male auch geliefert habe. Ob diesem Lieferanten für die Erlaubnis, liefern zu dürfen, noch ein Beitrag zu den Kosten des Unternehmens zugemuthet worden ist, wird nicht gesagt. Andere Lieferanten haben dazu beitragen müssen; das wird auch in der Erklärung zugegeben. Wir meinen, daß es Pflicht des Herrn A. wäre, auch diejenigen über sein Verhältnis zu seinen Lieferanten aufzuklären, die nicht am Eröffnungstage bei ihm waren. Will er das nicht, so möge er die an seinem Etablissement prangende Inschrift beseitigen: „Es wird hier gezeigt, wie es möglich ist, für den billigen Preis von 10 Pfennig Schmalhaxe und an Nährstoffen reichhaltige Speisen zu bereiten.“ Wie es möglich ist, das hat die Mehrzahl der Besucher der Küche erst durch die Presse und nicht durch Herrn A. erfahren. Daß die Leiter des Unternehmens sich über diesen Punkt nicht klipp und klar geäußert haben, das ist der Hauptvorwurf, den wir ihnen zu machen haben. Sie bringen dadurch die „Volksernährungs“-Ausstellung in den Verdacht, ein ganz gewöhnlicher „Rumpst“ zu sein.

**Vom Verkehr.** Die Eisenbahnen haben in der Woche vom 30. Mai bis 5. Juni d. J. rund 219 000 Personen nach Treptow und rund 350 000 zurück nach Berlin benutz. Am Sonntag betrug die Zahlen 54 000 und 68 000. Durch das öffentliche Fußwegen wurden 124 000 Personen nach Treptow und ebenso viel zurück befördert. Am Sonntag waren es fast 22 000 hin und beinahe 30 000 zurück. Zu Schiff wurden 20 000 Personen nach der Ausstellung und 17 000 nach Berlin zurückbefördert. — Die Zahl der in Hotels, Fremdenlogis etc. beherbergten Personen betrug in der Woche vom 30. Mai bis 5. Juni 18 311, also ebenso viel wie in der Pfingstwoche, und etwa 4000 mehr als in den Vorwochen.

**Die Verhältnisse der Kellner** auf dem Ausstellungsterrain fähren noch fortgesetzt zu unergütlichen Auseinandersetzungen. Neuerdings haben sich die Zahlkellner im Café Bauer an den Geschäftsinhaber um Nachschuß der 4 pCt. Provision gewandt, welche sie über ihre Einnahme hinaus abliefern müssen. Die Kellner gaben als Ursache für ihr Gesuch an, daß auf diesem Ausstellungsterrain lange nicht in dem Maße eingegangen, wie in der Stadt, da die Provinzialen, welche die Ausstellung besuchen, durchaus nicht derart an die Unsitte des Trinkgeldgebens gewöhnt sind, wie das Berliner Publikum. Herr Bauer hat sich jedoch auf nichts eingelassen. Als Grund für seine ablehnende Haltung führte er an, daß die Menge des entstehenden „Brands“ es ihm unmöglich mache, auf das Geld seiner Kellner Verzicht zu leisten. Als die Zahlkellner einwandten, daß sie durch ein derartiges Verhalten geradezu gezwungen würden, das Publikum zu betrogen, gab der Cafetier mit den Achseln. Muß es an sich schon als eine nur im Gastwirthsgewerbe mögliche Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden, daß die Kellner das Geschirr bezahlen müssen, welches ohne ihre Verschulden dem Wirth gebrochen wird, so liegt die Sache im Café Bauer nach Ansicht der in betracht kommenden Angestellten in so weit noch besonders traurig, als sie annehmen, daß die Eigenthümer des bekannten Etablissements, unter denen sich auch der Millionenkönig Stein in Düsseldorf befindet, am allerwenigsten nöthig haben, von einem Theil ihrer Arbeitskräfte Tag für Tag durchschnittlich 120 Mark für angeblich zerbrochenes Geschirr zu erheben. Mehrere der Zahlkellner im Café Bauer haben ihre Stelle bereits wieder aufgegeben.

**Die noch immer mangelhafte Beleuchtung des Vergnügungsparkes** der Berliner Gewerbe-Ausstellung wird zu einer großen Anzahl von Schadenersatzprozessen führen, die sich theils gegen das elektrische Syndikat theils gegen den Arbeitsausschuß richten.

**Die Unergütlichkeit des Herrn Kühnemann** wird auscheinend noch durch seine Veröhnungssucht übertrumpft. Das „Berliner Tagebl.“ schreibt: Die Verleumdungsklage des Kommerzienraths Frh. Kühnemann gegen den Redakteur der „Ausstellungs-Zeitung“ Hans Löwe wird bestem Vernehmen nach nicht zur Verhandlung kommen, vielmehr ihre Erledigung auf dem Wege eines Vergleichs finden.

**Traktäten und Predigten** will dieser Tage ein Vieleselber Pastor unter lebhaftem Zuspruch des Publikums auf dem Ausstellungsterrain vertheilt haben. Hat der Mann eine Ahnung von Berlin!

**Kleine Ausstellungsnachrichten.** Die Kolonial-Abtheilung hat ihren „Glücktag“ von Donnerstag auf Mittwoch verlegt. — Am heutigen Mittwoch findet bei günstigem Wetter auch die Sonnabend nicht erfolgte feierliche Beleuchtung des Ausstellungsgebäudes durch 8000 Beleuchtungskörper statt. — In dieser Woche findet in der Gruppe II im oberen Stockwerk des Pavillons der Trachtenausstellung eine Sonderausstellung von Damenhüten, Hüthartikeln, Blusen, Pastamentieren, Stickerien und Weißwaaren-Konfektion statt. — 350 Höglinge des städtischen Waisenhauses haben am Montag Alt-Berlin besucht. Es muß sehr Wunder nehmen, daß den Waisenkindern noch nicht allgemein der Besuch der Gesamtausstellung zugejagt ist. Was hat Alt-Berlin allein den Kindern viel zu bieten? — Der Deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern hält seine XXXVI. Jahresversammlung am 16., 17. und 18. Juni in Berlin ab. Die Sitzungen finden an den genannten Tagen im Hörsaal des Chemiegebäudes statt. — Infolge des „großen Andranges“ von Besuchern auf dem Sanitätschiff hat sich das Zentralkomitee des Nothen Kreuzes veranlaßt gesehen, ein Entree von 10 Pf. pro Person zu erheben. Der Ertrag ist für wohltätige Zwecke bestimmt.

Das **Vollbrausebad** des Berliner Vereins für Volkshäuser auf der Gewerbe-Ausstellung wird nach den Beschlüssen der letzten Vorstandssitzung täglich von 8—10 Uhr früh ausschließlich für Frauen reservirt bleiben, um den weiblichen Angestellten der Ausstellung Gelegenheit zur Benutzung zu geben. Die Badzeit für Herren, die bisher von 10—6 Uhr ging, ist bis 8 Uhr abends ausgedehnt worden. Die Befichtigung des hierfür reservirten Theiles der Anstalt sieht jedermann von 9—8 Uhr unentgeltlich frei. Berabreicht sind bisher in der Anstalt 1400 Brausebäder, seit dem Eintritt warmer Witterung macht sich ein stetig wachsender, oft kaum zu bewältigender Zuspruch bemerkbar. Ein Bad kostet 10 Pf.

### Kunst und Wissenschaft.

**Vom Impfstoff gegen die Cholera.** Der Pariser „Matin“ meldet, daß das Verdienst der Entdeckung des Heilserums gegen die Cholera von dem französischen Professor Roux und dem deutschen Professor Behring getheilt werde. Roux erklärt selbst, die von ihm erzielten Erfolge verdanke er größtentheils den Forschungen Behring's, welche ihm bei seinen Experimenten als Grundlage und Ausgangspunkt dienten.

**Von Andrée's Nordpolfahrt.** Wie wir bereits meldeten, sind die Mitglieder der Andrée'schen Nordpolar-Expedition am Sonntag Vormittag nach Spitzbergen abgefahren. Die Ankunft in Spitzbergen ist zum 18. oder 19. d. M. zu erwarten, einen Monat später ist der Ballon klar zur Abreise. Der von Lachambre in Paris angefertigte Ballon bildet, wie man aus Paris schreibt, die große Sehenswürdigkeit der französischen Hauptstadt. In der Galerie neben dem Zentralkomitee des Ausstellungspalastes auf dem Marsfelde reichte der Kolof in aufgebblasenem Zustande, obwohl er auf der Seite lag, bis zum Dach. Der Ballon ist aus tausenden von rechteckigen Stücken chinesischer Seide zusammengenäht, und diese sind von solcher Dauerhaftigkeit, daß es unmöglich ist, mit Handkraft auch nur den kleinsten Riß hervorzuheben. Der Korb bildet eine geschlossene Kugel, die mit kleinen Glasfenstern versehen und in der ein kleiner Theil aus Schlauch für zwei Personen eingerichtet ist. Einer der drei Teilnehmer muß stets Wache halten. Vor kurzem hat eine Probe mit dem vom Ingenieur Et konstruirten Wasserstoffapparat stattgefunden, wobei der Apparat in derselben Weise arbeitete, wie er es auf Spitzbergen thun soll. Die Gasentwicklung dauerte ununterbrochen über 2 Stunden, wobei mit beiden Behältern durchschnittlich 67 Kubikmeter Gas in der Stunde gewonnen wurden, ein Ergebnis, das den Vorausschlag um 10 pCt. übertrifft. Die Ballondicke, die dem Ballon auf Spitzbergen während der Füllung und des Abwartens günstigen Windes zum Schutze dient, wurde bei Gothenburg im Bau vollendet. Als Abgangsort des Luftballons ist eine der norwegischen Inseln der Nordmeeresküste von Spitzbergen ausersehen. Sollte das Schiff des Eises halber nicht bis dahin vordringen können, ist die nächstgelegene Amsterdam-Insel in Aussicht genommen. Da der Andrée'schen Expedition gleichzeitig eine geologische, eine hydrographische und eine zoologische Expedition folgen, werden Andrée und seine Begleiter im Verein mit jenen eine nutzbringende Thätigkeit auf Spitzbergen ausüben können, sofern der Ballon-Expedition schon auf Spitzbergen ein ernstlicher Unfall zustößen sollte.

### Gerichts-Beilage.

**Einen ganz ungewöhnlichen Ansturm** des Publikums rief eine Verhandlung hervor, die gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I stattfand. Der Gerichtssaal war dicht umlagert und die Gerichtsdienner waren nicht im Stande, die Menschenmenge zurückzubalten, so daß einige Schutzleute mit eingreifen mußten. Die Angeklagten, die ein so lebhaftes Interesse erregten, waren der Schlächtermeister Ernst Adolf Gustav Burmeister und der Schlächtermeister Hermann Lewin. Beide sind beschuldigt, im Januar und Februar er. gemeinschaftlich, Burmeister auch in den Jahren 1892—1895 allen öffentlichen Urkunden fälschlich angefertigt und von denselben zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht zu haben. Den Vorstoß führte Landgerichts-Direktor Kaelter, die Anklage vertrat Staatsanwalt Vorchert, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Dr. Gohmann. Burmeister betrieb in früheren Jahren zu Friedrichsberg eine Schlächterei. Im Januar und Februar d. J. schlachtete er gemeinschaftlich mit Lewin in dessen in Heinersdorf bei Berlin gelegenen Schlächterei. Schon seit dem Jahre 1892 stand Burmeister in dem Anse, daß er mit einem falschen Stempel von ihm geschlachtete Vieh selbst stempelte. Diese Thatsache ist durch die Wahrnehmungen einer ganzen Reihe von Zeugen bestätigt worden. Während Burmeister die Behauptungen der Anklagebehörde entschieden bestritt, war Lewin im allgemeinen geständig. Da er zugab, daß das Verfahren den Zweck gehabt habe, die Gebühren für die Untersuchungsstempel zu ersparen, so mußte der Gerichtshof präsen, ob er zur Aburtheilung der Strafsache überhaupt zuständig sei. Nach § 268 Str.-G.-B. sind die Schwurgerichte zur Aburtheilung berufen, sobald die Fälschung einer öffentlichen Urkunde in der Absicht begangen ist, sich oder einem andern einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Nach dem Gerichtsprotokoll lag dieser Thatsache hier vor und der Gerichtshof beschloß daher, die Sache dem Schwurgericht zu überweisen.

**Der vierzigjährige Kassirer Paul Alexander** aus Halensee, der sich am 13. Dezember v. J. an einem Schulmädchen, das mit ihm zusammen in einem Kupee der Stadtbahn saß, unethisch vergangen hatte, ist gestern von der Strafkammer am Landgericht Berlin II. zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

**Die Heiligkeit der Ehe** in „allerhöchsten“ Kreisen. Die Vermittlungsgesellschaft für das Zustandekommen einer prinzipialen Heirat bilden den Streitpunkt eines interessanten Zivilprozesses, der vor dem hiesigen Landgericht I anhängig gemacht ist. Der Beklagte ist ein junger Prinz, der als Sobu einer österreichischen Erzherzogin bis vor kurzem in Berlin in Garnison stand. Seine Vermögensverhältnisse waren in Unordnung gerathen, so daß er eine reiche Heirat machen wollte. Ein hiesiger Vermittler brachte die Heirat mit einer Tochter eines großen Plantagenbesizers in Amerika zu Stande und vor wenigen Monaten fand die Hochzeit statt. Als vorläufiges Mit-

gibt erhielt die amerikanische Missionärschöcker zwei Millionen Dollars. Dem Agenten waren für die Vermittlung 100 000 M. zugesagt. Um nun zu seiner Provision zu gelangen, mußte der Heirathsvermittler den Klageweg beschreiten. Die Religion muß dem Volke erhalten werden.

**Das Prügelein in der Schule.** Der Gemeindefchul-Belehrter Behnisch hatte die Tochter des Handelsmannes Karl Sommerfeld eines Tages wegen einer Ungezogenheit mit einem Rohrstock geprügelt. Dies war Sommerfeld von einer Mitschülerin hinterbracht worden, worauf der Vater den Lehrer in der Schullasse nicht allein zur Rede stellte, sondern ihn auch thätlich mißhandelte. Wegen dieser Straftat wurde Sommerfeld gestern vor der 189. Abth. des Schöffengerichts Berlin zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Man sollte denken, daß die Lehrer der Gemeindefchulen ebenso gut ohne den Rohrstock ihr Erziehungsamt üben könnten, wie die der höheren Mädchenschulen. Wie so manches Beispiel lehrt, ist man aber selbst in Berlin noch nicht so weit.

**Abermals ein Nachtwächter-Prozess.** In dem Prozess der früheren Nachtwächter gegen die Stadtgemeinde Posen wegen Weiterzahlung des bisherigen Gehalts auf Lebenszeit erkannte gestern die Zivilkammer des Landesgerichts auf Abweisung der Klage, weil die Nachtwächter bei ihrer Anstellung von der Regierung nicht befristet worden seien, mithin als Beamte nicht angesehen werden könnten.

## Soziale Uebersicht.

**Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine.** Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die geplante Abänderung des Allgemeinen Deutschen Handels-Gesetzbuches. Der Referent Helms-Damburg, Sekretär des Hamburger Vereins für Handels-Kommis von 1855, betonte ganz besonders, daß die Kündigungsfrist eine feste gesetzliche Regelung erfahren müsse. Im weiteren sei zu fordern, daß der Prinzipal verpflichtet sei, in Krankheitsfällen das Gehalt 6 Wochen lang zu zahlen, gleichviel, ob der erkrankte Gehilfe einer Krankenkasse angehöre oder nicht.

Ferner müsse gefordert werden, daß der Prinzipal genötigt sei, einem zur militärischen Übung eingezogenen Gehilfen wenigstens 6 Wochen lang sein Gehalt zu zahlen. Der Referent begründete im weiteren Verlauf das in Aussicht stehende Gesetz über kaufmännische Schiedsgerichte mit Freuden.

**Ob. Ober-Regierungsrath Dr. Hoffmann vom Reichs-Justizamt:** Die Veröffentlichung des Entwurfs des Handels-Gesetzbuches geschieht nur zu dem Zwecke, um weitere Vorschläge und Anregungen zu empfangen. Die Regierung wird, soweit als möglich, alle Abänderungsvorschläge, die ihr von den beteiligten Kreisen zugehen, verwerten. Die Regierung hat das Bestreben, alle theilhaftigen Kreise, auch die der Handelsgesellschaften zu hören und deren Wünsche nach Möglichkeit zu berücksichtigen. (Bravo.) Der Redner versichert: Die Regierung wird bemüht sein, Ihren Wünschen auch in dieser Beziehung möglichst Rechnung zu tragen. (Gebäutes Bravo.) Es entspann sich hierauf eine sehr lange, lebhafteste Debatte. Endlich wurde folgenden Anträgen zugestimmt: 1. Antrag des Vorstandes: „Die Jahresversammlung ermächtigt den Vorstand, dem zweiten Entwurf gegenüber Stellung zu nehmen.“ 2. Antrag Silbermann-Berlin: „Der Lehrvertrag ist für die Dauer von mindestens einem Jahre zu schließen. Personen unter 16 Jahren gelten unter allen Umständen als Lehrlinge.“ 3. Antrag Mittnacht-Mainz: „Mindestens darf die Kranken-Entschädigung am Gehalt nicht gekürzt werden, wenn der Versicherte das Krankengeld ganz bezahlt.“ — Folgender Antrag von Kaufmann-Mannheim: „Vereinbarungen, durch welche den Angestellten eines Geschäftsbetriebes Beschränkungen auferlegt werden, bezüglich der Anwendung seiner Kenntnisse oder seiner Arbeitskraft nach Ablauf des Dienstverhältnisses, sind nichtig, es sei denn, daß die Inhaber des Geschäftsbetriebes sich für die Dauer der Bestimmungen verpflichtet haben, den Angestellten für die in der auferlegten Beschränkung liegenden Nachteile Ersatz zu gewähren“, wurde in namentlicher Abstimmung mit 15 Stimmen, die 32 Vereine vertreten, gegen 30 Stimmen, die 77 Vereine vertreten, abgelehnt.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte. Syndikus Schloßmann-Offenbach a. M. befragte einen Antrag, wonach die Unterstellung des Handelsgewerbes unter die Gewerbegerichte entschieden abzulehnen, vielmehr die reichsgesetzliche Einrichtung von Sonder-Gerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis zu erstreben ist. Diese Schiedsgerichte sollen auch als Vergleichs- und Einigungsamt dienen. — Vom Berliner kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte wurde beantragt, hinzuzufügen: „Handelsfrauen und weiblichen Handelsangestellten ist bei Bildung der Schiedsgerichte das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen.“ — Schloßmacher bemerkte: Er bitte, diesen Zusatzantrag abzulehnen. — Nach längerer Debatte, in welcher sich insbesondere alle Redner für die Nothwendigkeit kaufmännischer Schiedsgerichte aussprachen, wurde der Antrag Schloßmacher einstimmig angenommen, der erwähnte Zusatzantrag dagegen in namentlicher Abstimmung mit 95 Stimmen, die 46 Vereine vertreten, gegen 6 Stimmen, die 16 Vereine vertreten, abgelehnt.

Es trat hierauf die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung sprach Kaufmann Julius Meyer-Berlin über: Die Frauenarbeit im Handelsgewerbe.

Nach längerer Debatte wurde der erste Satz der folgenden Resolution angenommen:

Der deutsche Verband kaufmännischer Vereine erkennt im Prinzip die Berechtigung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe an, bezeichnet es aber als dringend erforderlich, daß dieselbe unter den gleichen Anforderungen in Bezug auf Ausbildung und Gehalt stattfindet, wie die Leistungen der männlichen Gehilfen und Lehrlinge, da durch die jetzigen Gehaltsverhältnisse der Frauenarbeit die Interessen der männlichen Angestellten im Handelsgewerbe bedauerlicherweise wesentlich geschädigt werden. Der Weg zur Erreichung dieses Zieles ist die weitere Organisation der Gehilfen, welche auch im Interesse der Arbeiter liegt. Der zweite Satz wurde in namentlicher Abstimmung mit 81 Stimmen, die 39 Vereine vertreten, gegen 26 Stimmen, die 9 Vereine vertreten, abgelehnt.

Ueber den weiteren Gegenstand: „Bildung einer Versicherung gegen Stellenlosigkeit“ wurde zur Tagesordnung übergegangen, da festgestellt wurde, daß die bloße Enquete, die dazu erforderlich sei, etwa 25 000 M. kosten würde.

Es wurden alsdann noch einige Rechnungssachen erledigt.

Bei der hierauf folgenden Vorstandswahl bemerkte Rasch-Rölln: Er sei zur Wahl für den Vorstand vorgeschlagen worden. Er bedauere jedoch, eine solche Wahl nicht annehmen zu können. Er sei stets der Meinung gewesen, daß der Verband dadurch seine Bedeutung erlangt habe, daß er in erster Reihe für die Gehilfen eintrete. Dadurch aber, daß der Verband gestern einen Gehilfenverein ausgeschlossen habe, sei er (Redner) in einen gewissen Gegensatz zu dem Verbande gekommen, so daß es ihm unmöglich sei, eine Stellung im Vorstande dieses Verbandes einzunehmen. Es wurde noch beschlossen: Als Vorort des Verbandes wird wiederum Frankfurt a. M. und als Abhaltungsort für den nächstjährigen Verbandstag Leipzig gewählt und danach mit den üblichen Dankesreden die Hauptversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine geschlossen.

## Gewerkschaftliches.

**Die Arbeiterschaft Berlins** wird hiermit auf den Zimmerer Friedrich Pometh, Putzbrückerstr. 42, aufmerksam gemacht. Der betreffende geht angeblich im Auftrag der Lohnkommission auf Listen ohne Stempel in Restaurationen und bei Geschäftslenten Gelder für streikende Zimmerer sammeln. Wir bemerken hierbei, daß von unserer Seite derartige Listen nicht herausgegeben worden sind. Sollten derartige Listen noch zirkulieren, so sind dieselben sofort anzuhalten. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins und Umgegend. **J. A.: Theodor Fischer,** Dänzigerstr. 63.

**An die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins!** Nachdem der Streik aufgehoben war, sahen sich die Arbeiter veranlaßt, ihre Arbeitskraft wiederum den Fabrikanten anzubieten. Daß dies manchem unserer Kollegen schwer wird, ist einleuchtend, aber um so schändlicher ist das Benehmen des triumphirenden Ausbeuterthums, das uns entweder mit ironischer Miene eine verneinende Antwort erteilt oder verlangt, wie sollen die Erlaubnisse desjenigen Fabrikanten haben, bei welchem wir vor dem Streik thätig waren, erst dann könne eine Einstellung erfolgen, d. h. sich als reuiger Sünder zu bekennen. Wir begreifen den Groll dieser Ringherren über den verlorengegangenen Profit und das ihnen von Konkurrenten abgejagte Absatzgebiet; jedoch wir sind informiert, Aufträge sind vorhanden, die Geschäftskonjunktur ist die gleiche, wie vor dem Streik, somit hat es das Unternehmertum nur darauf abgesehen, sich eine Reserve von Arbeitern zu schaffen, welche sich willig und gefügig allen Anforderungen seitens der Fabrikanten ohne zu murren unterzieht. Auf diesem Gebiet zeichnen sich besonders die Fabrikanten Beckstein, Quandt, Siebert u. a. aus, die jeden Streikenden, der es wagt um Arbeit nachzusuchen, ohne weiteres die Thüre weisen, dafür aber jeden sich anbietenden Tischler in den Betrieb aufnehmen. Wir haben durchaus nichts dagegen, daß sich unsere nächsten Verwandschaften bei uns einreihen, aber während wir uns im Lohnkampf befinden und jetzt, nachdem 5-600 auf der Strecke liegen bleiben, ist es höchst unsolidarisch und jedes ehrlichen Arbeiters unwürdig, seinen Mitmenschen, welche sich eine höhere Lebenshaltung zu erringen bestrbt sind, zu schädigen, ihm in den Rücken zu fallen und auf diese Art unseren Feinden in ihrem verwerflichen Treiben Vorstoß leisten. Tischler Berlins! Wehret die Worte, ermannt Euch, denkt darüber nach, daß 5-600 brave Proletarier unserer Branche als Gemahregelte bezeichnet werden müssen, deshalb haltet den Zugang nach allen und besonders nach den bezeichneten Fabriken fern.

**Zur Lohnbewegung der Steinseher.** In Hamburg sind infolge des Beschlusses, die sogenannten Ueberlandarbeiten nicht unter dem aufgestellten Tarif auszuführen, 21 Mann ausgesperrt worden. Es ist infolge dessen über die beiden betreffenden Firmen die Sperre verhängt worden und darf dort so lange kein anderer in Arbeit treten, bis diese 21 Mann wieder eingestellt sind. Da anzunehmen ist, daß auch die übrigen Firmen gelegentlich dem Beispiele der beiden folgen werden, so ist bis auf weiteres der Zugang von Hamburg streng fern zu halten. Ein Antrag auf Eintritt in den Generalstreik wurde nach fünfständiger sehr lebhafter Debatte in der letzt stattgehabten Versammlung abgelehnt. In Brandenburg a. O. und Anseritz ist die Situation noch unklar, die meisten der Ausständigen sind in auswärtiger Arbeit. In Oshersleben hat sich auch der dritte Meister auf Unterhandlungen eingelassen, so daß ein baldiger günstiger Abschluß zu erwarten ist. Auch hier sind jedoch sämtliche Ausständigen in auswärtiger Arbeit. Die Prenzlauer Steinsehermeister beharren immer noch auf dem bisherigen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Forderung der Arbeiter auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Es ist also dafür zu sorgen, daß auch von allen diesen Orten der Zugang noch fern bleibt. Die Bremerger und Jüterbogger Steinseher haben die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 resp. 11 Stunden durchgesetzt; letztere auch noch den von ihnen aufgestellten Arbeitstarif. Bezüglich des letzteren Punktes mußten verschiedene Unternehmer erst durch Einstellung der Arbeit zur Anerkennung desselben gezwungen werden.

**Zur Buchdruckerbewegung.** Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona hat nach einem eingehenden Referat des Sachverständigen Stengel eingetragenen Antrag einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Buchdruckervereins zu Hamburg-Altona verurteilt die Berliner Tarifabmachungen, fordert den Gehilfenvertreter des I. Tarifkreises, G. Klaproth-Hannover, zum Rücktritt auf und erklärt, die Haltung des Gehilfenorgans mit Bezug auf die Berliner Tarifabmachungen zu billigen.“

Die Buchdrucker in Halle a. S. hatten am 30. Mai mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen:

„Die öffentliche Buchdruckerversammlung hält eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker für absolut notwendig und wünscht die Schlichtung der Tarifkommission so weit hinausgeschoben, bis die Meinung der gesammten Kollegenschaft über den vorliegenden Tarif zur Geltung gekommen ist.“ Als Zusatzantrag kam noch zur Annahme: „Die Versammlung erklärt, daß sie den Gehilfenvertreter solange von den weiteren Verhandlungen zurückhält, bis die Generalversammlung des Verbandes das letzte Wort gesprochen hat.“

Die Karlsruher Buchdrucker nahmen in einer am 7. Juni abgehaltenen Versammlung eine sehr scharf abgefaßte Resolution an, in welcher sie sich mit den Abmachungen der Gehilfenvertreter bezüglich der Tarifkommission nicht einverstanden erklären, dagegen das Vorgehen des Redakteurs des „Correspondent“ billigen.

**Buchdruckerstreik in Berlin.** Wegen Maßregelung des Verwaltersmannes sind sämtliche Seher und Maschinenmeister in der Buchdruckerei W. Adde, Alexandrinerstr. 99, ausständig geworden.

**Die Hallenser Junungs-Schmiedegesellen** haben ihren Verein aufgelöst und sind dem Verbands der Schmiede Deutschlands, der bekanntlich auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, beigetreten.

**Zur Lohnbewegung in der Stahl- und Eiswaaren-Industrie in Solingen** erfährt die „Rheinisch-Westf. Zeitg.“, daß sich dieselbe auch auf den Tischler- und Federmeißelhersteller-Verein erstreckt. Demjenigen Fabrikanten, die dem Fabrikantenverein nicht angehören, hat der Schleißerverein einen Anhang zum Preisverzeichnis zugesandt und sie ersucht, sich bis zum 8. d. M. darüber zu äußern. Ein Theil der Fabrikanten hat sich mit der Preishöhung ebenfalls einverstanden erklärt.

**Die Formier der Firma Sennemann in Remscheid,** die, wie wir bereits mitgeteilt, am 30. Mai die Arbeit eingestellt haben, machen folgende Forderungen geltend: Versicherung von sämtlichem Material, Gips, Blei etc.; Ausfertigung eines neuen Lohnarbeits, früherer Preis für die Modelle, bevor sie der jetzige Meister herunterdrückte. Werden diese Forderungen bewilligt, so sind die Ausständigen gewillt, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Vor allem ist Zugang streng fern zu halten.

Als Delegierter zum internationalen Kongress in London wählten die Dresdener Metallarbeiter ihren Kollegen Segitz, jetzigen Arbeiterssekretär in Nürnberg.

**Wegen des Feierns des 1. Mai** bestehen in Grotzsch noch jezt Ausperrungen von Arbeitern. In der Fabrik des Herrn Kalischer wurde 33 Arbeitern gekündigt, weil sich die Fabrikbesitzer dadurch, daß bei ihnen allein gefeiert wurde, in ihrer „Ehre gekränkt“ sähten.

**Vier Bildhauer der Breslauer Bildhauerwerkstätte von Buchl** legen die Arbeit nieder wegen Bevorzugung einzelner Arbeiter. Drei andere Bildhauer, die bei der Sache mit interessiert sind, die aber nicht dem Gewerbeverbande, sondern dem Hirsch-Dunker'schen Gewerbeverein angehören, sind zu einem Entschluß noch nicht gelangt. Wie immer: Langsam und bedächtig!

**Vom Streik im Erlangenberge.** Langenbielau, 8. Juni. Heute Morgen begab sich der Arbeitersausschuß abermals zu Herrn Neugebauer und theilte demselben mit, daß die Arbeiter beschloßen hätten, auf ihren Forderungen zu bestehen. Herr Neugebauer erklärte, daß er nicht bewilligen könne, weil er sonst in drei Wochen seine Fabrik schließen müsse. Die Arbeitszeit könne er nicht verkürzen, weil dadurch die Produktion vermindert würde. Herr Gewerbe-Inspektor Löpert gab in der heute Mittag abgehaltenen außerordentlich stark besuchten Versammlung der Streikenden die Erklärung ab, daß er sich im Interesse der Streikenden bei Herrn Neugebauer verwandt habe. Herr Neugebauer erklärte, daß er keine Befragung der Streikenden wegen Kontraktbruchs herbeiführen und auch die Streikführer nicht maßregeln wolle, wenn — die Arbeiter morgen (Dienstag) die Arbeit wieder aufnehmen würden. — Nach dieser Erklärung fragte der Vorsitzende die Versammlung, ob jemand dazu das Wort wünsche. Niemand meldete sich. Einstimmig wird abgelehnt, die Arbeit aufzunehmen, ohne daß die Forderungen bewilligt sind. Thatsächlich sind denn auch die Arbeiter und Arbeiterinnen fast ausnahmslos in den Streik eingetreten. Bekannt gemacht wird, daß auch diejenigen der Streikenden, welche nicht Mitglied des Verbandes sind, Unterstützung erhalten werden. Ferner soll mit den Geschäftslenten verhandelt werden dahingehend, daß sie während der Streikzeit eine Ermäßigung der Waarenpreise eintreten lassen.

Da die Arbeiter und Arbeiterinnen sehr zusammenhalten und deren Arbeit nothwendig gebraucht wird, so ist ihre Sicherung, wenn die deutsche Arbeiterschaft es nicht an der nöthigen Unterstützung fehlen läßt. Schnelle Hilfe ist aber dringend nothwendig. — Am Mittwoch findet eine Volksversammlung statt, welche Stellung zum Streik nehmen wird.

**Der Streik in der Gayer'schen Celfabrik in Harburg** ist heute beigelegt worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt zu den alten Lohnsätzen; eine Lohnerhöhung erfolgt nach drei Wochen. Der Streik hat acht Wochen gedauert.

**Achtung, Tabakarbeiter!** Aus Bremen wird gemeldet: Bei der Firma Hagens u. Schmidt, Buchstraße, sowie bei der Firma Weiß u. Schäblich, Rieflstraße, liegen Lohnhöhen vor. Dieses den Tabakarbeitern zur besonderen Kenntnissnahme.

**Vier Vereine von Bäckergehilfen,** die in Hamburg-Altona bestehen, haben sich dahin geeinigt, den 1. Juli, als Einigungsstag der bundesrätlichen Verordnung bezüglich des Minimal-Arbeitstages festlich zu begehen. Geplant ist ein Demonstrationsfestzug vom Holstenplatz nach einem großen Vergnügungs-Etablissement.

**In Wandsbeck** haben 18 Bautischler des Billenbauers Radwih wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 50 Pf. Stundenlohn, während der Unternehmer nur 45 Pf. zahlen will.

**Der Werbestreik der Heil'schen Lederfabrik** in Wandsbeck mußte von den Arbeitern für beendet erklärt werden, da es leider Herrn Weil gelungen ist, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen; auch waren 12 von den 85 in den Streik getretenen Arbeitern und Arbeiterinnen zu Streikbrechern geworden. Das Gewerkschaftskartell beschloß, die Ausgesperrten auch ferner zu unterstützen.

**In Darmstadt** ist bei der Firma Rodberg ein Streik ausgebrochen.

**Die Dachdecker** der Firmen Friedrich Müller und Henkel in Ludwigs-hafen befinden sich wegen Lohnerhöhung im Streik.

**Die Tischler und Lackirer** von Neu-Jfenburg, deren Meister zuerst die Bemühungen des Gewerbegerichts zur Beilegung des Streiks schroff zurückwies, haben nun doch einen vollständigen Sieg über diese erreicht.

**Die Kesselschmiede** der Firma Rodberg in Darmstadt haben, wie der „Ossenbacher Abendzeitung“ getheilt wird, die Arbeit niedergelegt.

**Der Ausstand der Holzarbeiter** in Mülhausen i. G. dauert fort. Die seitens der Streikenden um Vermittlung angegangene Bürgermeisterei lehnte eine solche ab. Die Sympathie der Bevölkerung ist auf Seiten der Arbeiter. Traurigerweise läßt die Verwaltung des Zuguges viel zu wünschen übrig.

## Versammlungen.

**Zimmerer.** Eine von 200 Plahdeputirten besuchte Versammlung nahm am Montag den Situationsbericht des Vertrauensmannes früher entgegen. Danach wird in Berlin bis auf 25 Bangeschäfte neun Stunden gearbeitet, in Charlottenburg sind zwölf Bangeschäfte mit zehnstündiger Arbeitszeit. Die Zahl der dort Beschäftigten betrage aber nicht mehr als 400. Eine andere Taktik könne aber nicht eingeschlagen werden, und müssen wir die Zeit abwarten, bis in den Geschäften die bis jetzt meistens aufgeschobene Arbeit in Angriff genommen wird. Schwer sei es aber, die seit Beendigung der Ausstellungsarbeiten arbeitslosen Familienväter von den Plagen fernzuhalten, da die Streikbrecher meistens jüngere unerfahrene Leute sind. Infolge dessen sei es wohl angebracht, die Arbeitslosen einzumessen zu unterstützen, damit dieselben nicht durch die Noth gezwungen zum Streikbrecher werden. Nach längerer eingehender Diskussion wurde hierauf folgende Resolution angenommen: Jeder Zimmerer, welcher länger als 4 Wochen arbeitslos ist, erhält eine einmalige Unterstützung von 15 M., wenn er den Beschloßen der Berliner Zimmerleute nachgekommen ist. Des weiteren verpflichteten sich die Plahdeputirten für den Agitations- und Unterstützungsfonds einzutreten, damit sowohl die Arbeitslosen, als auch die Gemahregelten genügend unterstützt werden können.

## Vermischtes.

**Was einem Edelsten und Besten passiren kann.** Die Straßbeden von San Francisco haben einen Stedorf hinter den früheren österreichischen Oberleutnant Josef Blantzer erlassen, welcher am 16. Mai abends in der Georgstraße daselbst eine Frau Vangfeld ermordet und ihr fünf Brillantringe geraubt hat. Blantzer ist im Jahre 1850 zu Madenburg in Steiermark geboren.

**Aus Lemberg** wird berichtet: Am Montag wurde die Dreifach-Probawize von einer verheerenden Feuerbrunst heimgeführt, wobei nicht weniger als 300 Häuser niederbrannten. Auch mehrere Personen sind in den Flammen amgelommen. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

**Moskau im Aikinen.** Aus Budapest wird vom 8. Juni berichtet: Während des gestrigen Festzuges stürzte der Nefse des verstorbenen Ministers Baroch so unglücklich mit dem Pferde, daß er mit jerschnettertem Schädel todt liegen blieb. Neun Personen wurden von einer von einem Balkon am Franz-Josefs-Quai abgetrennten Eisenstange getroffen. Zwei Männer blieben todt, sieben wurden verletzt. Außerdem kamen viele Hölle von Hitzschlag und Sonnenstich bei den Infanteristen vor sowie Ohnmachtsanfälle im Publikum. Auf dem Leopold-Ring brach Feuer aus in dem Moment, als die Krone vorbeifuhr. Der Zug wurde jedoch nicht gestört und der Brand erstickt.

Konstantinopel meldet der Telegraph vom Montag die folgenden zwei Geschichten mit romantischem Anstrich: Der kleine Dampfer der deutschen Botschaft, mit dem Botschafter Freiherrn Sauma von der Zellsch und den Herren und Damen der deutschen Botschaft an Bord, stieß auf der Fahrt von Therapia bei Dolmabahçe infolge der Verfassung des Steuerers

an ein Segelschiff und erlitt starke Havarien. Sämtliche Insassen wurden gerettet, ein Matrose wurde verwundet. — Gestern wurden die Schwester und die Nichte des Dragomans der serbischen Gesandtschaft Tschan und eine Französin auf dem Wege nach dem den Prinzeninseln gegenüber liegenden Badeorte Jelona, zwei Stunden vom Marmarameere entfernt, von einer Häuberrande

überfallen und der Mann, der die Damen begleitete, getödtet. Die ergriffene Dame wurde mit dem Kufstrage zurückgeführt, binnen fünf Tagen ein Lösegeld von tausend Pfund zu beschaffen. Die Hofe hat sofort die nothwendigen Maßregeln angeordnet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 10. Juni.  
**Opernhaus.** Oberon.  
**Neues Opern-Theater.** (Kroll.) Geschlossen.  
**Schauspielhaus.** Die Komödie der Irrungen. Die Dienstboten.  
**Deutsches Theater.** Lumpaciwaagabundus.  
**Festung-Theater.** Waldmeister.  
**Berliner Theater.** König Heinrich.  
**Neues Theater.** Kata-Toto.  
**Residenz-Theater.** Hals über Kopf. Der neue Gangmed.  
**Theater Unter den Linden.** Orpheus in der Unterwelt.  
**Schiller-Theater.** Natalie.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Selle-Alliance-Theater.** Die Kinder des Kapitan Grant.  
**National-Theater.** Vor Sonnenaufgang.  
**Friedrich-Wilhelm-Städt. Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Charley's Tante.**  
 Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London.  
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Vorher: Mit neuer Ausstattung: Die Bajazzi.  
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**National-Theater.**  
 Große Frankfurterstraße 132.  
 Direktion: Max Samst.  
 Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigtem Preis.

**Vor Sonnenaufgang.**  
 Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
 Regie: Erik Schäfer.  
**National-Theatergarten.**  
**Gr. Konzert.**  
 Heute: Großer Ringkampf.  
 Spezialitäten 1. Ranges.  
 Theaterküche.

**Schiller-Theater.**  
 (Wallner-Theater.)  
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Natalie.  
 (Natalie: Frau Clara Meyer a. G.)

**Theater Alt-Berlin.**  
 (Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)  
 Jeden Nachmittag 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr:  
**Wärtisches Ringelstechen.**  
 Eintritt 60 Pf., Parter 1 Mk., Loge 2 Mk.  
 Abends 7 1/2 Uhr.  
**Gotzkowski. Ringelstechen.**

**Alt-Berlin.**  
 Bei günstiger Witterung nachmittags 3 Uhr: Wendischer Jagd u. Reutzug. Nachmittags 6 Uhr:  
**Aufzug zum Ringelstechen.**  
 Zwei Musikkorps.  
 Zauberschauspiel; Diorama; Altdentscher Irngarten. Hembrandtmühle. Reife in die Unterwelt.  
 Eintritt: 25 Pfg.  
 Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf. später 25 Pf.  
 Passetouts à 4 Mk.

**Apollo-Theater**  
 und Konzert-Garten  
 Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.  
**Die Spree-Amazone**  
 u. Salerno, The Avolos, The Kurrakins,  
**Die Spree-Amazone**  
 und Auftreten sämtl. Spezialitäten.  
**Die Spree-Amazone.**  
 u. Salerno, The Avolos, The Kurrakins etc. etc.  
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Auf. der Vorstellung 8 Uhr.

### Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
 Heute Mittwoch, den 10. Juni:  
**Große Gesellschaftsabend.**  
**Große Extra-Vorstellung.**  
 Von 8 Uhr ab: Familien-Kaffeechen.  
 Entree 30 Pf.

**Urania.**  
 Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
 Naturkundliche Ausstellung  
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
 Eintritt 50 Pf.

**Wissenschaftl. Theater**  
 abends 8 Uhr.  
 Invalidenstr. 57/52, Secht. Stadtbahn.  
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.

**Castan's Panopticum.**  
 165 Friedrichstrasse 165.  
**Das Bärenweib**  
 phänomenales Naturspiel  
 aus den Felsenbergen New-Mexico's!  
 Illusionen — Kasperle-Theater —  
 Damen-Kapelle — Irngarten.

**Viktoria-Brauerei**  
 Lützowstrasse 111/112.  
 Heute sowie täglich (außer  
 Sonnabends):

**Stettiner Säger**  
 (Meissel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).  
 Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Vorverkaufsbillets für die  
 Wochentage à 40 Pf. u. Familien-  
 billets à 1 Mark. Siehe Plakate!  
 Bei schönem Wetter im herrlichen  
 Konzerthaus, bei schlechtem Wetter  
 im großen Konzerthaus.

**W. Noack's Sommer-Theater.**  
 Brunnenstr. 16.  
 Täglich:  
**Konzert, Theater und  
 Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag  
 und Donnerstag:  
**Im Gr. Ball.**  
 Das Königreich der Weiber.  
 Operette in 3 Bildern von Willibrod.  
 Julius Ernst, Liedersänger.  
 Franziska Wünsch, Kostüm-Soubrette.  
 Willi Rouschel, Gesangs-Dummkopf.  
 Janka Ros'li, Opernsängerin.  
 Geschw. Romany, Gesangs-Duettsisten.

**KAIRO** von 7 Uhr abends ohne  
 Gewerbeausstellungs-Billet  
 zugänglich.  
**KAIRO** von 10 Uhr vorm. geöffnet.  
**KAIRO** I. Eingang: Ausst.-Bahnh.  
 II. Eing.: Köpnick, Landstr.  
**KAIRO** Waffensamml. d. Chediwe;  
 Samml. d. Egypt. Behörden,  
 Schwert des Mehmet-Ali.  
**KAIRO** Salon bedeutender  
**KAIRO** Orientaler.  
**KAIRO** Riesen-Arena mit Monstro-  
 Aufführungen v. 500 Pers.  
 m. Pferd., Dromedaren etc.  
**KAIRO** Leitkapelle d. Chediwe  
 60 Mann in Uniform,  
 3 Hauskapellen,  
**KAIRO** Arena: Beduinenkämpfe  
 und Reiter-Fantasien um  
 5 und 8 1/2 Uhr nachm.  
**KAIRO** Cheops-Pyramide  
 mit Königsgräbern.  
**KAIRO** Entree 50 Pf.  
 Elitetag (Dienstag) 1 Mk.  
**KAIRO** Dauerkarten: Erwachsene  
 15 Mark, Kinder 8 Mark,  
 im Bureau Kairo und  
 bei C. Stangen, Mohrenstrasse 10.

**Ostbahn - Park**  
 Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle  
 unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschek.  
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.  
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.  
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
**H. Imbs.**

Größtes Schauspiel der Welt. 2 Vorstellungen täglich. Sensationell. Erfolg d. Saison.  
**Bolossy Kiralfy's „Orient“**  
 im **Olympia-Riesentheater.**  
 Alexanderstr., Ecke Magazinstr.  
 Nachmittags 5-7 Uhr, Abends 9-11 Uhr.  
 Ca. 1000 Mitwirkende. Uebertrifft alles bisher Dagewesene. Olympia-Theater zu London ohne Unterbrechung gegeben. 500 Mal im Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.

**Echt Werdersches Bier**  
 1/2 Tonne 2,50, 1/10 Tonne 1,30.  
 Lagerbier, hell u. dunkel, do. nach Pilsener Art, do. nach Münchener Art.  
 Sämtliche Biere (außer Extra-Gebräu) in Flaschen 36 Stück für Mark 3,—  
 Extra-Gebräu Werdersches Bier do. 24 Stück für Mark 3,—  
 Lieferung frei ins Haus ohne Pfand.  
**Bereinigte Werdersche Brauereien**  
 Haupt-Niederlage:  
 Berlin, Adalbert-Straße Nr. 80.  
 Fernsprecher Amt IV, 9865.

**Möbeltischlerei**  
 II. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt  
**Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.**  
 Eigene Werkstatte im Hause.  
**Passage-Panopticum.** Im prachtvollen Garten, Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.  
**Reichshallen** Täglich:  
**Norddeutsche Säger**  
 Um 1/10 Uhr: Hoffmann mit die Musik der armen Leute. Um 1/11 Uhr die Reize mit stürmischem Beifall aufgenommen.  
**Alle fünf Barrisons**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf. Vorzugsbillets haben Giltigkeit.  
**4 Säle** zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben.  
**„Englischer Garten“**  
 5262L\* Alexanderstr. 27c.  
**Bereinszimmer** mehrere Tage frei. Flick, Simeonstr. 23\*.

Allen Bekannten und Freunden zur Nachricht, daß unser lieber Sohn Bruder und Schwager, der Steinseher **Ernst Jaekel**, 33 Jahre alt, am Montag, den 8. Juni mittags am Gehirnschlag verstorben ist. 21166 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch Abend 8 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

**Danksagung.**  
 Allen Verwandten und Kollegen meinen herzlichsten Dank für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes. **Emilie Henning**, geb. Schulte, 21116

Von der Reise zurück.  
**Dr. Zepler**  
 Frauenarzt.  
 Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Magen, Puffer, Steglitzerstr. 65.  
 Zähne v. 2 Mk. ev. Theilz.  
 Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

**Portièren**  
 Restbestände  
 2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.  
 Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.  
**Pracht-Katalog** mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.  
**Teppich-Fabrik Emil Lefèvre**, Berlin S., Oranienstraße 158.  
 Theilzahlung. Monatl. u. 10 Mk. an liefert elegante Anzüge nach Maß.  
**Temporowski**, Schneidermeister, Berlin O., Jadenstr. 57, 1 Tr. \*

**Achtung!**  
 Künstl. Zähne v. 3 Mk. an, Theilz. wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herabdahlen bei Bestellung umsonst.  
**Gudiel**, Baujägerplatz 2, Gilsenerstr. 12

**Concordia**  
 Allgem. Versicherungs-Gesellschaft in Kiel  
 versichert in der Kranken- u. Zuschussklasse männliche u. weibliche Personen ohne ärztliche Untersuchung und ohne Unterschied des Berufs in Höhe von 1-3 Mk. täglich. 53838\*  
 Aufnahmen u. nähere Auskunft erteilt **Emil Paul**, Adalbertstr. 71.

**Fahrräder!** Wenn Sie ein Fahrrad wünschen, so erhalten Sie dasselbe 50-60 Mk. bill. als b. Händler direkt i. d. Fabr., Prinzengstr. 88. Koul. Theilz. G. n. leistungsf. Fabr. Berl.  
**Arbeiter-Bibliothek**  
 billig zu verkaufen bei **Langkau** 2108b Steinhilberstr. 6.

„Vorwärts“, Jahrg. 94/95, halb. Preis, 1. vert. Günther, Holzmarktstr. 63 d. l. 4 Tr. 21076

**Bereinszimmer** sep. u. Piano frei Bohn, Vorkingstr. 10.  
 Schankgeschäft für Parteigenossen, billige Miethe, Garten, 2 Zimmer, viele Vereine und Bahnhöfen, nachweisbar sichere und gute Erziehung, sofort für 3600 Mk. veräußert. Nur zahlungsfähigen Selbstkäufern näheres 2118b F. Munde, Zig.-Fabr., Schleifstr. 9.

**Mühlenstraße 8,**  
 nahe Oberbaum, ist ein freundlicher Laden nebst Stube und Zubehör, für jedes Geschäft passend, billig zu vermieten. 52852\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Karton** Arbeiterinnen, geübte, verl. M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.  
**Karton** Arbeiterinnen u. Lehrmädchen verl. A. Eisenschmidt, Weuthstr. 5.  
**Karton** Arbeiterinnen verlangt Albert Erdmann, Weuthstr. 3, 2105b  
**Karton** Arbeiterinnen verl. 2106b  
**Karton** J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.  
**Karton** Arbeiterin b. bauernb. Besch. P. Boehms, Lützen- u. Ufer 3.

**Geübte** Klempner aus Lampen f. J. Hirschhorn, 80, Köpenickerstraße 149.  
**Zuschneider** 2108b verl. Hilgshub-Fabrik Barnimstr. 22.  
**Einlester** außer dem Hause find. Beschäft. Hilgshub-Fabr. Barnimstr. 22.  
**Lehrmädchen** für Posamenten verl. G. Sch. e., Oranienstr. 36. 2110b  
**Fädlerinnen**, geübte, sucht Carl Birs, Mechanische Seidenfädelerei, Dresdenerstr. 88/89. 2115b

Abgeordnetenhause.

75. Sitzung vom 9. Juni, 11 Uhr.

Am Ministertische: Justizminister Schönstedt und Kommissarien.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Irben v. Soe (Str.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Aufhebung der rheinischen Hypothekensachen.

Die Vorlage geht nach kurzer Debatte an die Budgetkommission zur Vorberatung.

Der Staatsvertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen betr. den Ausbau der Fahrbahn in der Außenweser wird in erster Lesung genehmigt.

Die Vorlage betr. Errichtung eines Amtsgerichts in Zuni wird in erster und zweiter Lesung debattelos genehmigt.

Die Vorlage betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken wird der Justizkommission zur Vorberatung überwiesen.

Die Vorlage betr. die Aufhebung des Amtsgerichts in Pellworm wird genehmigt.

Es folgt der Kommissionsbericht über den Antrag von Brochhausen (L.) wegen Besteuerung der Waarenhäuser.

Die Kommission beantragt: 1. von Waarenhäusern, Bazaren, Verkaufsgeschäften eine besondere Betriebssteuer zu erheben. 2. Die Steuer beginnt bei einem jährlichen Ertrage von 20000 M., oder bei einem Jahresumsatze von 300000 M. 3. Die Waarenhäuser werden festgesetzt, jedoch unter Ausschluss der Produkte der Landwirtschaft. 4. Die Steuer soll progressiv sein und 5. den Gemeinden überwiesen werden.

Ein Antrag v. Tschoppe und Genossen (fr.) bezweckt, diese Resolution der Regierung nur zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Die konservative Partei treibt eine durchaus widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik; hier wollen Sie den Großbetrieb bekämpfen und zu derselben Zeit verhindern Sie das Detail-Weisen, das dem Großbetrieb die schärfste Konkurrenz macht. Die Löhne sind in den Bazaren höher als sonstwo, das hat die Lohn-Enquete ergeben. Verhindern Sie die großen Bazare, so arbeiten Sie den Sozialdemokraten in die Hände. In den sozialistischen Schriften finden Sie ja stets die Klage über den kleinen Händlertreib, der ein Parasit sei in dem modernen Wirtschaftsleben. Zum bequemeren Absatz sind die großen Bazare nötig. Es ist aber unrichtig zu sagen, sie schädigen den kleinen Gewerbetreib. Das trifft zu wenig zu, wie die Ansicht, daß die Eisenbahn die Pferdearbeit beseitige. Auch der Antrag Tschoppe ist unannehmbar, denn eine Forderung, die haltlos ist, kann man auch der Regierung nicht zur Erwägung überweisen. Und nun will ich in den Reichstag gehen und die kleinen Fabrikanten zu schützen suchen gegen die Schädigungen, welche ihnen dort die Konservativen durch die Beseitigung des Detail-Weisens zufügen wollen.

Abg. v. Brochhausen (L.): Früher hat man auch auf liberaler Seite die Schäden offen anerkannt, welche diese Waarenhäuser dem Kleinbetrieb zufügen. Fürst Bismarck hat den Handwerker erklärt, daß ihnen in ähnlicher Weise geholfen werden müsse, wie er der Landwirtschaft und der Industrie zu bemerkt gewesen ist. Wir hoffen, daß es dem Finanzminister gelingen wird, neben dem großen Werke unserer Steuerreform auch dieses kleinere Werk zu erledigen. Leider hat die Regierung sich an unseren Kommissionsberatungen nicht beteiligt.

Abg. Hausmann (nall.): In dem Bestreben, den Handwerker und kleinen Fabrikanten zu schützen gegen den Großbetrieb, sind wir alle einig, nur über die Wege besteht Meinungsverschiedenheit. Die Vorschläge der Kommission sind so behäblich, daß mit ihnen nichts anzufangen ist. Ein solches Gesetz würde nur die realen Geschäfte schwer treffen. Die unrentellen würden sich den neuen Bestimmungen bald anbequemen. Meine Freunde werden gegen den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. v. Tschoppe (fr.): Der Antrag Brochhausen hat mehrfache Ungehaltungen erfahren, so daß wir der Aufforderung an die Regierung, wie sie die Kommission wünscht, nicht zustimmen können. Redner empfiehlt seinen Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung.

Abg. Vuerst (nall.) will die Resolution ablehnen, denn er billigt die in derselben angedeutete Richtung der Gesetzgebung nicht, mit den Einzelheiten der Resolution ist ebenfalls nichts anzufangen, ebenso sei das Prinzip, die Monopolbildung gesetzlich zu bekämpfen, verfehlt, denn diese Bäume wachsen nie in den Himmel, sie halten sich nicht einmal lange, wenn sie nicht vorzeitig und maßvoll vorgehen.

Abg. Fuchs (B.) tritt für den Kommissionsantrag ein. Regierungskommissar Generalsteuer-Direktor Burchard: Die Konsequenzen des Prinzips, die Großbetriebe zu verhindern, weil sie kleinere Betriebe aufzuziehen, sind unabsehbar. Eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit haben wir bisher nicht; eine solche ist auch ohne eine völlige Umgestaltung unseres bisherigen Steuersystems gar nicht durchführbar. Schon der Kleinen gegen die Großen durch eine Steuer zu erreichen, ist ein sehr zweifelhaftes Problem. Aber wenn man dies Problem für lösbar hält, so würde man doch immer an eine Reichsteuer denken müssen. Wohin würde es führen, wenn alle Staaten selbstständig derartige Steuern machen wollten. Das schließt nicht aus, daß, wenn das hohe Haus die vorgeschlagenen Resolutionen annimmt, die Regierung in eine lokale Erörterung der Angelegenheit eintritt.

Abg. Gorcheln (fr. Sp.): Die Resolution ist nicht notwendig, sondern sogar schädlich, denn sie führt schließlich zur Vermögenskonsolidation. Mit solchen Grundfragen kommen wir auf den Standpunkt des Sozialismus. Macht man hier eine progressive Steuer auf den Großhandelsbetrieb, so könnte auch einmal eine solche Steuer auf den Großgrundbesitz gemacht werden.

Abg. Kircher (B.) spricht für die Resolution der Kommission. Damit schließt die Besprechung. Die Resolution der Kommission wird mit dem Amendement v. Tschoppe (Erwägung) angenommen.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Berichte und Petitionen. Schluß 3 1/2 Uhr.

Gerichts-Beitrag.

Ein Meineidsfall aus der Kulturkampfszeit. In anbetrach der pharisäischen Gemeinheiten, die auch von ultramontaner Seite gelegentlich des Prozesses gegen unsere Parteigenossen Schröder u. in Offen begangen sind, mag eine Erinnerung am Platze sein, die kürzlich bei einer Gerichtsverhandlung in Peilworn stattfand wieder aufgeführt wurde. Eine vor der dortigen Strafkammer verhandelte Verleumdungsklage der königlichen Staatsanwaltschaft zu Nordhausen gegen den Redakteur der „Eichsfeldia“, endete, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, am 5. d. M. mit der Einstellung des Verfahrens. In der „Eichsfeldia“ wurde im März d. J. ein Nachruf für den

in Erfurt verstorbenen, während des Kulturkampfes wegen wissenschaftlichen Meinungs zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilten ehemaligen Pfarrer Dilsberg veröffentlicht. Der Nachruf enthielt die Wendung: „Ihm raubte man seine bürgerliche Ehre, indem man ihn zum Meineidigen stempelte und vermittelst eines politischen Tendenzprozesses, wie er schlimmer in den Jahrbüchern der preussischen Rechtsprechung sich kaum wiederfinden dürfte.“ Die Staatsanwaltschaft in Nordhausen sah darin eine Verleumdung der im Jahre 1875 beim Kreisgericht in Nordhausen fungierenden Staatsanwaltschaft und stellte Strafantrag gegen die „Eichsfeldia“. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens, da die alten Staatsanwaltschaften bei den Kreisgerichten durch das Gerichtsverfassungsgesetz von 1879 vollständig aufgehoben seien, eine Erbfolge von Behörden aber nicht existiere. Deshalb sei die jetzige Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nordhausen nicht als befugt zu erachten, für die Staatsanwaltschaft beim Kreisgericht Nordhausen von 1875 Strafantrag zu stellen. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf 300 M. Geldstrafe gelaute.

Vor dem Rixdorfer Schöffengericht hatte sich der frühere Lehrer Julius Liegel daselbst wegen Verleumdung des dortigen katholischen Geistlichen, Kuratus Nikolaus Klosen, zu verantworten. Wie sich unsere Leser erinnern werden, hatte Klosen vor einiger Zeit vor dem Landgericht II Berlin wegen Urkundenvernichtung zu erscheinen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Klosen einen Tag Gefängnis, der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, weil dem Angeklagten der Dolus gefehlt habe. Liegel hatte der betreffenden Gerichtsverhandlung beigewohnt und schrieb am anderen Tage an Klosen einen mit seiner Namensunterschrift versehenen Brief, in welchem er es als „Hochgenüß“ bezeichnet, den Geistlichen statt auf der Kanzel auf der „Verkchrerbank“ sitzen zu können, nur bedauere er, daß auf Freisprechung erkannt worden sei. Es werde jedoch bereits zu einem neuen Prozeß Material zusammengetragen u. s. w. Dieser Brief war der letzte einer ganzen Reihe in ähnlichem Tone gehaltenen Schreiben, die Liegel an Klosen seit mehreren Jahren gerichtet hat, doch hat Klosen nur wegen des letzteren Strafantrag gestellt. Der Angeklagte gab als Beweggrund seiner Handlungsweise folgendes an: Er sei früher an der katholischen Privatschule in Rixdorf Hauptlehrer gewesen und habe sich des vollsten Vertrauens der Gemeinde zu erfreuen gehabt. Als Klosen als Geistlicher nach Rixdorf versetzt worden, habe sich dieser als sein Vorgesetzter aufgeführt und da er sich dies nicht gefallen ließ, habe ihn Klosen mit seinem Haß verfolgt. Während einer Reise sei der Geistliche in seine Wohnung gekommen, habe sich dort die Rechnungsbücher und Besätze der Schule angeeignet und ihn daraufwegen Unterschlagung amtlicher Gelder zur Anzeige gebracht. Da ihm nicht möglich gewesen, vor Gericht seine Unschuld zu beweisen oder einen Verteidiger zu nehmen, sei er auf das Zeugnis des Klosen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hierdurch sei er seiner Stellung verlustig gegangen und Klosen habe auch dafür gesorgt, daß er anderweitige Stellung nicht gefunden. Noch heute verfolge ihn Klosen, um ihn in seiner Existenz gänzlich zu vernichten und habe Klosen gedauert, nicht eher ruhen zu wollen, bis er — Liegel — im Minutem im Rixdorf am 1. d. M. Strafantrag gegen den Angeklagten 3 Monate Gefängnis. Mit Rücksicht auf die Gerechtigkeit des Angeklagten erkannte der Gerichtshof auf einen Monat Gefängnis.

Versammlungen.

Der Verband der Sattler und Tapezierer hatte am 6. Juni eine kombinierte Mitgliederversammlung bei Pafsch, Alte Jakobstr. 88, einberufen. Vörsch behandelte in sehr geschickter Weise das Thema: Wird die Arbeiterklasse siegen? Bei der Wahl eines Ausschussmitgliedes wurde das Mitglied Tannhausen gewählt. Nachdem noch die Versammlung mit Genehmigung vernommen, daß 6 Arbeiter, welche während des letzten Streiks der Treibriemen-Arbeiter bei der Firma Reichel u. Schulz in Arbeit getreten waren, wieder entlassen sind, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger diskutierte am 7. Juni die Frage, ob es zweckmäßig sei, im Norden eine Filiale zu errichten. Nach eingehender Debatte wurde ein dahin gehender Antrag abgelehnt und beschlossen, in der Feinstr. 17 eine Zählstelle zu errichten. Den Klavierarbeitern bewilligte die Versammlung 15 M.

Der Verband der Steinseher und Berufsgenossen (Zentrale Berlin) hielt am 7. Juni seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Kassierer zunächst berichtete, daß sich seit der letzten Versammlung 85 Mann zur Aufnahme gemeldet haben. Es sei dieses günstige Resultat wohl auf die kürzlich eingeführten Vortragsreden zurückzuführen. Der Bericht vom Gewerkschaftskongress wurde des schwachen Besuches (insolge des schlechten Wetters) halber nur nächsten Versammlung verlegt. Ueber die Thätigkeit der Arbeitsnachweiskommission berichtete Lade, daß der Arbeitsnachweis im verflochtenen Geschäftsjahre zirkulär sechzig Mal von Unternehmern in Anspruch genommen, und daß infolge der mangelhaften Inanspruchnahme seitens der Arbeiter sechs Offerten unerledigt bleiben mußten. Die Kommission wird ermahnt, in dringenden Fällen etwaige Respektanten schriftlich zu benachrichtigen. Sodann fand die Wahl der Kommission statt und wurden gewählt: Lade und Bierberg. Unter Verschiedenem berichtet Knoll über den Stand der Lohnbewegung an verschiedenen Orten, die Anwesenden auffordernd, durch rege Mitarbeit in und an der Organisation dafür zu sorgen, daß auch die Berliner Steinseher und Berufsgenossen wieder mal in die Lage kommen, bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein kräftiges Wort mitreden zu können.

In der Versammlung des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands erstattete Zoebing am 7. Juni Bericht über den zweiten deutschen Gewerkschaftskongress. In der hierauf folgenden Diskussion schlossen sich alle Redner den Ausführungen des Referenten an, und erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des 2. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands einverstanden. Hieraus wurde Strauß als Filialkassierer gewählt. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei dem 3. Punkt der Tagesordnung, den Streik der Berliner Scheiben- und Fenstermacher. Rührer den Firmen Sch u n d i t (Charlottenburg) und Schleinig (Weißensee) hat sich noch keine weitere Firma bereit erklärt, den vorgelegten Tarif, welcher eine Lohnerhöhung im allgemeinen so gut wie gar nicht bedeutet, anzuerkennen. Das größte Blumenlopf-Geschäft von Krüger, Schönbauer-Allee, suchte auf ganz besondere Art die Streikenden zu erschrecken, indem daselbst verschiedene Geschäftsinhaber eingestellt sind. Der Inhaber eines Porzellanwaaren-Geschäfts Nagal, Höchste Str. 40, der Restaurateur Krüger, Lychnersstraße 8 und ein Rohlenhändler aus der Pottumstraße, bilden neben vier anderen Schreibensystemen, welche von außerhalb sich haben hierher leiten lassen, den Personenstand, welcher nach Ansicht aller Redner nicht im entferntesten in der Lage ist, den Umfang des Betriebes aufrecht zu erhalten. Deshalb machte auch die letztere Firma große Anstrengungen, von außerhalb fertige Blumenlopf zu erhalten, um die Kundenschaft befriedigen zu können. Hervorgehoben wurde noch, daß sich andere Firmen,

welche den Forderungen der Streikenden durchaus nicht so feindlich gegenüber stehen, durch Meister Krüger dahin beeinflussen lassen, die Anerkennung des Tariffs zu verweigern. Es wurde hierauf beschlossen, den Streik nicht aufzuheben, sondern zu versuchen, die bei Krüger in Arbeit stehenden Scheibenlopf für die berechtigten Forderungen der Streikenden zu gewinnen, event. eine neue Verhandlung mit den Meistern, welche sich nach ablegendem verhalten, anzubahnen. Unter Verschiedenem wurde das Mitglied Kallmann aus dem Verbands ausgeschlossen, weil die Versammlung der Ansicht war, daß die Handlungen des letzteren sich mit dem Statut des Verbandes nicht in Einklang bringen lassen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, fest zur Organisation zu halten und dieselbe nach besten Kräften stärken zu helfen, schloß die Versammlung.

In einer gut besuchten Gärtner-Versammlung, die am 8. Juni in Hense's Salon tagte, berichtete Genosse Otto Käther über den gegenwärtigen Stand der Ausperrung, unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den Werkstätten von Frister und von Schäffer u. Oehlmann, die für Gärtler vornehmlich in betracht kommen. Die genannten Firmen gehören zu denen, wo es im Anschluß an die Metall-Ausperrung zum offenen Kampfe kam. Redner führte aus: Die Werkstatt der Firma Frister sei fast voll besetzt, jedoch fehlten die Gießerei-Arbeiter. Von den 250 dieser Arbeiter, welche sich anfangs im Auslande befanden, sei keiner abtrünnig geworden, und für sämtliche derselben ihrer in Frage stehenden 24 Arbeiter hätte man nur 17 Ersatzkräfte, 11 Formier und 6 Gießerei-Arbeiter ausfinden können. Da ferner die Anrufung einer ganzen Reihe von Betriebsunternehmern, sogar in Potsdam, infolge des ablehenden Verhaltens ihrer Arbeiter erfolglos blieb, vermöge die Firma Frister (Inhaber Engel u. Hegewald) nicht den benötigten Guss heranzuschaffen. Engel selbst habe am 7. Juni zugegeben, daß die Firma der Kaufmann bereits an 100000 M. gekostet hätte. Wie wenig die Herren Engel und Hegewald mit dem jetzigen Stande der Dinge zufrieden seien, gehe hervor aus einem letzten Sonnabend am Fabrikthor angebrachten Plakat des Inhabers, daß die alten Arbeiter der Firma, soweit Platz sei, wieder anfangen könnten. Der augenscheinliche Zweck der Verflechtung, Verwirrung in die Reihen der Ausständigen zu tragen, sei nicht erreicht worden. In einer Zusammenkunft hätten diese beschlossen, Frieden nur unter den folgenden Bedingungen zu schließen, welche den Firmen-Inhabern am Dienstag, den 9. Juni unterbreitet werden sollen: Sämtliche zur Zeit Ausständigen sind wieder einzustellen; Maßregelungen dürfen nicht stattfinden; die Organisationen der Metallarbeiter sind anzuerkennen; zu einem bestimmten Zeitpunkt ist der Neustandtag einzuführen. — Einer Einladung des Redners zu einer Versammlung, die an die bei Engel u. Hegewald derzeit Beschäftigten gerichtet wurde, ist keiner derselben gefolgt. Während von den 120 Ausständigen von Frister 20 den Streik durch Aufnahme der Arbeit illusorisch zu machen suchten, haben sich nach Käther's ferneren Mitteilungen nur 3 von den 85 wegen der Meister ausgesperrten Arbeitern der Firma Schäffer und Oehlmann dieser Ehre würdig gehalten. Redner geistelte dann schärf, daß der Ring der Armaturen-Fabrikanten eine sieben angehängte fünfprozentige Preiserhöhung seiner Produkte mit den gegenwärtigen Industrieverhältnissen, d. h. dem von ihm selbst herbeigeführten Auslande und der Nothlage der Arbeiter zu rechtfertigen sucht. Schließlich ermahnt Redner die Versammelten, die Ausständigen energisch zu unterstützen. Der Vertrauensmann Heinrich gab hierauf einen kurzen Bericht über seine Wirksamkeit und das Ergebnis der Sammlungen. Seitdem beschlossen sei, Cuntzingsmarken à 50 Pf. auszugeben, habe er an den allgemeinen Fonds an 1000 M. abführen können. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung einstimmig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und es verpflichteten sich die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die Ausständigen sowohl moralisch wie materiell unterstützt werden; auch wurde in der fraglichen Resolution die Verpflichtung jedes einzelnen Kollegen ausgesprochen, bis zur Beendigung des Kampfes pro Woche mindestens 50 Pfennige zur Unterstützung beizutragen. — Nachdem noch der aufgelöste Gewerbegerichts-Versteigerer Schmidt sich über die Thätigkeit des Gerichts angeklagt hatte, wurde Cuntzings für die bevorstehende Gewerbegerichts-Wahl als Kandidat nominirt.

Die Metallarbeiter waren zum Montag Abend von zentralistischer Seite nach dem Lokale von Grändel, Brunnenstraße, eingeladen, um zum internationalen Kongress in London Stellung zu nehmen und einen Delegierten für denselben zu wählen. Die Versammlung war sehr schwach besucht, kaum 60 Personen waren erschienen. Genosse Kiesel hielt das Referat, in welchem er die Entstehung der Internationalen, ihr Wirken und Schaffen in kurzen Zügen den Anwesenden vor Augen führte und dann die Versammlung aufforderte, einen Delegierten zu wählen. Die Wahl fand durch Stimmzettel statt. Da sich sämtliche Anwesende an der Wahl beteiligten, wurde Genosse Segin-Nürnberg mit allen 58 abgegebenen Stimmen gewählt. Als Stellvertreter wurde Scherm bestimmt.

Eine recht gut besuchte Metallarbeiter-Versammlung tagte am Montag in Voel's Saal. Vitiu referierte über die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter. Er besprach den gegenwärtigen Kampf, der anfänglich der Meister gegen verschiedene Fabrikanten geführt wird und hauptsächlich die Formier- und Gießerei-Arbeiter betrifft. Der Redner forderte zur thätigsten Unterstützung dieses Streiks auf und gedachte dabei auch der Wirksamkeit der Polizei, die mit größter Strenge darüber wacht, daß der § 158 der Gewerbe-Ordnung nicht übertreten werde und dabei in vielen Fällen gegen Kollegen eingeschritten ist, die ihrer Meinung nach in lokaler Weise die Kontrolle über die Streikbrecher ausüben. Ein festes Zusammenhalten aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter sei um so mehr nötig, als deren Lage dringend der Verbesserung bedürfe. Gebe es doch bei Fern und Gebr. Ludwig Arbeiter, die bei zehnstündiger Arbeitszeit Wochenlöhne von 12-15 M. erhielten. Gegen so lauzige Verhältnisse könne nur eine kräftige Organisation erfolgreich einschreiten. In gleichem Sinne äußerten sich mehrere Diskussionsredner.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 9-10 1/2 Uhr: Sada's Schule, Waldemarstraße 11: Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformations bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands.) Herr Dr. G. Winn. — Wortspiele. Mittwochabend 1896: Dittich. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsätze.) Herr Heinrich Schulz. Die Schlußsätze sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Lektürematerials schon von 8 Uhr an geöffnet. Arbeiter-Gewerkschaft Berlin und Umgebung. Versammlung des Vertrauensmanns, Pottumstraße 3. Alle Versammlungen im Vertrauensmanns sind zu richten an Friedrich Kortum, Pottumstraße 49, v. 2. Arbeiter-Vanderverband Berlin und Umgebung. Versammlungen im Vertrauensmanns sind zu richten an Otto Schulz, Pottumstraße 7. Bund der gelassenen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: Hermann Saha, Schönhauser Allee 177. Zeitung, Schuhmacher's. Mittwoch, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Hiesig's Salon, Große Frankfurterstraße 22. (Nächstes Hebe Jusevat.) Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch abends 9 Uhr: Versammlung im Vereinslokal, Kommandantenstr. 10-11. Scheiter- und Vergewaltigungsgesellschaft. Mittwoch abends 9 Uhr im Gesellschaftlichen Kasino, K...

## 2. Wahlkreis.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der  
Brot-Brauerei, Fiedrichstraße:

### Öffentl. sozialdem. Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die gerichtliche Auflösung des Wahlvereins und was nun? Referent: Reichstags-Abgeordneter R. Fischer.
2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Waisfeier.
4. Verschiedenes.

211/18

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Achtung!

Achtung!

### Parteigenossen des V. Wahlkreises!

Mittwoch, den 10. Juni ex., abends 8 1/2 Uhr:

### Öffentl. sozialdem. Partei-Versammlung

im „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

217/15

1. Wie stellen sich die Parteigenossen im V. Wahlkreise zur Gründung einer Organisation? Referent: Reichstags-Abgeordneter Rob. Schmidt.
2. Diskussion.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Parteigenossen erwartet

Der Einberufer.

### Achtung! Parteigenossen des 6. Wahlkreises. Achtung!

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

### Große öffentliche Volks-Versammlung

in S. Raabe's Salon, Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Der Mittelstand und der Sozialismus. Referent: Reichstags-Abgeordneter Klees.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann für Wedding und Draucuburger Vorstadt:

F. Waschowski.

Achtung!

Achtung!

### Parteigenossen Berlins!

Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr:

### Große öffentl. Versammlung

im Feen-Palast, Ecke Burg- u. Wolfgangstraße.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Arbeiter-Kongress in London. Referent: Reichstags-Abgeordneter August Bodel.
2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum Kongress.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vertrauensmann des 1. Wahlkreises.

### Graveure und Ziseleure!

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Bergner, Auenstr. 16:

### Öffentl. Versammlung.

- Tagesordnung: 1. Wollen die Graveure und Ziseleure künftig in eine Lohnbewegung eintreten? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

2104b

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vertrauensmann.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Moabiter Klubhaus,  
Fenselstraße 9:

### Bezirksversammlung Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Frauenfrage und Gewerkschaftsbewegung. Referent: Genosse Wagner.
2. Diskussion und Verschiedenes.

291/5

Nach der Versammlung findet ein geselliges Beisammensein statt.

Die Ortsverwaltung.

### Fritz Eiermann, Volks-Café u. Speisehaus,

Rosenthalerstr. 60, Ecke Steinstr.

Größte Auswahl schmackhaft bereiteter Speisen; täglich 8 bis 10 Gerichte von 10-30 Pf. Bier 4/30 10 Pf., 2/30 5 Pf. aus der Brauerei Müggelschloßchen.

**M. J. Hahlo,**  
Patentanwalt,  
Berlin NW., Karlstrasse 8.

Patentnachsichtung und  
Verwertung. [50149]  
Rath, Anskunft und  
Konferenzen kostenfrei.  
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

**Zither,** gute, zu verkaufen,  
b. Lange, Wiener-  
straße Nr. 63. 20906\*

**Kinderwagen**  
Krausen, Sport-  
und Leiterwagen  
Kinderklappflügel,  
u. Theilzahl. gest.  
**A. W. Schulz,**  
1. Geschäft:  
Brunnenstr. 95,  
gegenüber Hundsdorffhain.  
2. Geschäft: Brunnenstr. 145, Ecke  
Abtinsbergerstraße. Musterb. art. u. sel.  
Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

großart. Auswahl.  
Kinderwagen, billig, viele An-  
erkennungen, Musterbuch gratis und  
franko. Theilzahlung gestattet. **Max  
Brinner,** Jerusalemstr. 42 und  
Brunnenstr. 6.

Knaben-Stoff- und Wasch-Anzüge  
sehr billig.  
**Hoffmann,** Veteranenstr. 14

**Große Betten 12 M.**  
Oberbett, Unterbett, zwei Kissen mit  
gereinigten neuen Federn bei Gullab  
Kauf. Berlin S., Driegenstraße 46. Dreie-  
liche Kissen. Die Anerkennungs-  
schreiben.

**Sophaplüsch-  
Kette**  
in glatt, gepreßt und ge-  
webten Qualitäten, auch  
mit Friso und Moquet,  
enthaltend 6 bis 22 Meter,  
spottbillig! Muster franco!

Abgepaßte **Satteltaschen** sehr  
hochelegante billig.  
**Emil Lotzro,** Berlin S., Oranienstr. 158

**Möbel-Anverkauf,**  
passendste Gelegenheit für Kranke. In  
meinem größten Möbelspeicher, Neue König-  
straße 22, sollen ca. 100 Wohnungseinrichtungen,  
verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem  
annehmbaren Preise verkauft werden. Auch  
sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir  
möglich, schon ganze Wohnschaften für 20, 100,  
200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet.  
Bemerkung ohne Ausnahme. Kleiderständer 18 Mark,  
Küchenschrank 12 Mark, Ausbaum-Kleider-  
spindeln, Vertikals 20 Mark, Aufstellspindeln  
25, Vertikals mit Matrasen 18 Mark, Sophas  
18, Säulenspendeln, Kleiderständer, hochlegant 22,  
Trümmen mit Säulen und Kristallglas 22,  
Exzentrischweibisch, Tischgaranturen 20 Mark,  
Kanzelsofa 10 Mark, Strohbetten, Tisch-  
decken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Günstige  
Möbel können drei Monate kostenfrei auf  
meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden  
durch eigene Gespanne transportiert, auch nach  
außenab. 4031.\*

65. Resterhandlung. 66  
billig Kette zu Knaben-Anzügen von  
1 M. Große Anzüge von 7 M. an,  
bis zum feinsten Kammingarn, auch pass.  
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-  
wahl in Paletostoff, sowie in Mänteln,  
Jaquetz, Plüsch, Atlas, Seide. [49912]  
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch  
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.  
66. Karle, Waldemarstrasse 66.  
Teleph. Amt IV. 1507.

## Große öffentliche Versammlung der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter

am Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn  
Wilke, Andreasstr. 26.

- Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 2. Bericht der  
Gewerbegerichts-Beisitzer. 3. Abrechnung der Vertrauensmänner. 4. Neu-  
wahl derselben. 5. Nominierung der Gewerbegerichts-Beisitzer. 6. Stellung  
zu den Kollegen, welche bis jetzt ihre Sammellisten noch nicht abgeliefert  
haben. [85/2] Der Vertrauensmann.

## Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
in Fiebig's Salon, Große Frankfurter Straße Nr. 28:

### Öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie besch. Arbeiter und Arbeiterinnen.

- Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung der Agitations-Kommission und Erziehung der selben.  
2. Vortrag über die Pflichten der Vertrauensleute in den Fabriken. Diskussion.  
3. Bericht über den Stand des Streiks bei Erpel.  
Um zahlreiche Beteiligung, besonders der Vertrauensleute, bittet  
Die Agitationskommission.  
170/12

## Bur Frühjahrsaison

verkaufe ich meine Schuhwaren nach wie vor zu den  
bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen  
und zwar:

**Herrenstiefel:** von den einfachsten bis zu den elegantesten,  
nur bekannt gute Qualität  
M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.

**Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel**  
M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

**Ball- u. Gesellschaftsschuhe,** feinste Ausführung  
von M. 2,50 an.

Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von Ein-  
segnungstiefeln zu außerordentlich billigen Preisen aufmerksam.  
Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des  
Betrages. [88/15]

Zuführte Preislisten gratis und franko.  
**S. Selbiger, Schuhfabrik,**  
Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmann-  
strasse.

Für Kranke! Für Kranke!

## Echt Cognac

Original-Abzug von Gergonne & Cie.  
per Flasche 1,50-5,00 Mark.

Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.  
Neustädtische Kirchstrasse 12  
am Bahnhof Friedrichstrasse.  
5305L\*

Ein schönes großes Gartenlokal mit Saal  
(über 300 Pers. fassend), Vereins- u. Billard-  
zimmer, Destillation, im nahen Vorort a. d.  
Ringbahn gelegen, ist mit vollständigem Inventar  
sodort zu verkaufen. Näheres in d. Brauerei  
Niedelsdorf, Berlin, Königin Augustastr. 1.

**Warenhaus  
A. Wertheim**  
Nur für 3  
Tage gültig  
Ausnahme-Preise

Mittwoch Donnerstag Freitag.  
10. 11. 12. Juni.

Die Sommer-Preisliste ist erschienen.  
Versand-Abtheilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.

## Bade-Artikel.

- Badeanzüge, roth 1,20, bunt gestr. 1,50 Mk.  
Bademäntel, weiss, 3,30, bunt gestr. 4,40 Mk.  
Badelaken, weiss mit rother Kante 3,50 Mk.  
„ buntgestreift 4,80 Mk.  
„ für Kinder 1 Mk.  
Badekappen 15, 25, 38 Pf.  
Frottirhandtücher 35, 55, 75 Pf.  
Frottirhandschuhe 15 Pf.  
Bade pantoffel 65 Pf.

## Tapiserie.

- Küchenhandtücher, grau 65 Pf., weiss 80 Pf.  
Markttaschen 65 u. 90 Pf.  
Plaidhüllen 1,10 u. 1,35 Mk.  
Bestecktaschen 1,45 Mk.  
Wäscheschrankstreifen 35 u. 50 Pf.  
Staubtuchtaschen 90 Pf.  
Zwiebelnetze 60 u. 90 Pf.  
Schirmhüllen 50 Pf.  
Nadelkissen 38 Pf.  
Kragenkasten 27 u. 90 Pf.  
Kragen- u. Manschettenkasten 45 Pf. u. 1,60 Mk.  
Kravattenkasten 55 Pf. u. 1,60 Mk.

## Touristen-Hemden,

baumwoll. Flanell für Herren 1,60 u. 2,60 Mk., für Knaben für ca. 5-7 8-10 11-13 14-16 Jahre  
90 Pf., 1,10 1,30 1,50 Mk.

Sport-Gürtel, für Herren 45 u. 70 Pf., für Knaben 23 u. 35 Pf.